

Gutachten
Bericht

Stadtgemeinde Gmunden



LRH-210047/18-2011-SPI

Auskünfte

Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4020 Linz, Promenade 31
Tel.: (+43 732) 7720-11426
Fax: (+43 732) 7720-214089
E-Mail: post@lrh-ooe.at
www.lrh-ooe.at

Impressum

Herausgeber:
Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4020 Linz, Promenade 31
Redaktion:
Oberösterreichischer Landesrechnungshof
Herausgegeben: Linz, im Juli 2011

INHALTSVERZEICHNIS

Kurzfassung	1
Struktur der Stadtgemeinde	4
Eckdaten und Lageplan.....	4
Strukturelle Entwicklung	5
Organisation.....	5
Personalstand und Dienstpostenplan	5
Aufbau- und Ablauforganisation im Überblick	6
Geschäftsgruppe I – Präsidialabteilung – Stadtdirektor:	7
Geschäftsgruppe II – Allgemeine Verwaltung/Personalabteilung:.....	8
Geschäftsgruppe III - Stadtbauamt:	9
Geschäftsgruppe IV - Finanzverwaltung:	9
Organisationsanalyse	10
Führungsebene	10
Strategie, Planung und Organisationspolitik	11
Personalmanagement	12
Externe Partnerschaften und Ressourcen	13
Prozess- und Veränderungsmanagement.....	13
Kunden-/Bürgerorientierte Resultate	14
Mitarbeiterzufriedenheit.....	14
Haushalts- und Finanzsituation.....	15
Haushaltsergebnisse	15
Voranschlagserstellung und –überwachung	15
Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung	16
Laufende Gebarung.....	17
Öffentliches Sparen im Überblick.....	17
Vermögensgebarung	20
Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung (MFP).....	20
Maastricht-Ergebnis.....	21
Verschuldung.....	21
Darlehen und sonstige Verbindlichkeiten	21

Darlehen in Schweizer Franken	22
Kassenkredit	23
Öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen	23
Sonstige Feststellungen	24
Förderungen und freiwillige Ausgaben.....	24
Nutzung des Kapuzinerklosters.....	24
Universitätsstadt Gmunden	24
Maßnahmen im Kulturbereich	25
Vermögensbuchhaltung.....	25
Außerordentliche Vorhaben.....	25

Stadtgemeinde Gmunden

Prüfungszeitraum:

3. Mai 2011 bis 8. Juni 2011

Rechtliche Grundlage:

Gutachten im Sinne des § 4 Abs. 7 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Z. 8 des Oö. LRHG, LGBl. Nr. 38/1999 i.d.g.F.

Prüfungsgegenstand:

- Haushalts- und Finanzsituation der Stadtgemeinde
- Organisation der Stadtverwaltung

Prüfungsziel:

Überblick über die Entwicklung der Gemeindefinanzen der letzten drei Jahre inklusive der mittelfristigen Finanzplanung

Analyse der strategischen Ausrichtung der Gemeindeverwaltung im Hinblick auf NPM-Ansätze sowie auf Effektivität und Effizienz

Prüfungsteam:

Barbara Spindelbalker (Prüfungsleiterin), Josef Lenglachner und Dr. Gerlinde Stöbich (externe Expertin)

Prüfungsergebnis:

Das vorläufige Ergebnis der Prüfung wurde den Vertretern der Stadtgemeinde Gmunden in der Schlussbesprechung am 7. Juli 2011 zur Kenntnis gebracht.

Legende:

Nachstehend werden in der Regel punktweise die Sachverhaltsdarstellung (Kennzeichnung mit 1 an der zweiten Stelle der Absatzbezeichnung), deren Beurteilung durch den LRH (Kennzeichnung mit 2), *die Stellungnahme der überprüften Stelle (Kennzeichnung mit 3 und im Kursivdruck)* sowie die allfällige Gegenäußerung des LRH (Kennzeichnung mit 4) aneinandergereiht.

In Tabellen und Anlagen des Berichtes können bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben durch die EDV-gestützte Verarbeitung der Daten rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS / GLOSSAR

A

Ao. H.	Außerordentlicher Haushalt
---------------	----------------------------

B

BZ	Bedarfszuweisung
-----------	------------------

E

EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate - in Euro ermittelter Zinssatz.

F

FAG	Finanzausgleichsgesetz
------------	------------------------

I

Indoor-Schulungen	Schulungen, die für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort in Gmunden stattfinden
--------------------------	---

J

JKU	Johannes Kepler Universität Linz
Jobrotation	Systematischer Arbeitsplatz- oder Aufgabenwechsel innerhalb einer Organisation

K

KDZ	Kommunalwissenschaftliches Dokumentationszentrum
KZ	Kennziffer

M

MFP	Mittelfristige Finanzplanung
------------	------------------------------

N

NPM	New Public Management
------------	-----------------------

O

o. H.	Ordentlicher Haushalt
Öffentliche Sparquote	Überschuss bzw. Ergebnis aus der Gegenüberstellung von laufenden Einnahmen und Ausgaben im Verhältnis zu den laufenden Ausgaben des Rechnungsquerschnittes
Oö. LRHG	Oö. Landesrechnungshofgesetz, LGBl. Nr. 38/1999 idgF
OÖVV	Oö. Verkehrsverbund

P

PE	Personaleinheit
-----------	-----------------

R

RA	Rechnungsabschluss
RQ	Rechnungsquerschnitt – ökonomische Gliederung aller Einnahmen und Ausgaben in zwei Bereiche (laufende Gebarung und Vermögensgebarung)

S

SHV	Sozialhilfeverband
SWOT-Analyse	Eine S(trengths) W(eaknesses) O(pportunities) T(hreats)-Analyse stellt eine geeignete Methode dar, um ein klares Bild von der eigenen Situation und den Entwicklungsmöglichkeiten im bestehenden Umfeld zu gewinnen. Dabei wird das eigene Potenzial mit seinen Stärken und Schwächen den relevanten Umweltentwicklungen mit den sich daraus ergebenden Chancen und Risiken gegenübergestellt. Aus der Differenz zwischen dem gewünschten Soll- mit dem Ist-Profil lassen sich dann strategische Maßnahmen ableiten.

V

VA	Voranschlag
VFI	Verein zur Förderung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Gmunden Co KG

KURZFASSUNG

- (1) Die Bezirksstadt Gmunden (ca. 13.200 Hauptwohnsitze) sieht sich als eine moderne Wirtschafts- und Industriestadt mit regem Tourismus- und Kongressbetrieb. Angesichts der bestehenden Herausforderungen (z. B. im Bereich Tourismusentwicklung und Gestaltung des Wohn- bzw. Lebensraumes der Bevölkerung oder im Bereich Verkehr) möchte sie das örtliche Entwicklungskonzept überarbeiten, was der LRH für zweckmäßig hielt.

Bürgernahe Stadtverwaltung – Organisation bedarf einer Weiterentwicklung

- (2) Aus der Sicht des LRH sollte die Aufbau- und Ablauforganisation im Stadtamt auf Basis der strategischen Zielsetzungen und Maßnahmenplanung weiterentwickelt werden. Für eine ziel- und wirkungsorientierte Verwaltungsführung sollten die Führungsaufgaben und Verantwortungen neu definiert und ein Planungskreislauf zur optimalen Abstimmung der politischen Ziele mit den internen Entwicklungszielen und Planungen installiert werden. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Bewertung der Zielerreichung mit entsprechender Analyse der Abweichungen gelegt werden. Mittelfristig sah der LRH durch die Optimierung der Aufbauorganisation und das kritische Überarbeiten des bisherigen Aufgabenspektrums Einsparungspotenziale für die Stadtgemeinde.

Haushaltsausgleich immer schwerer zu erreichen

- (3) In den letzten Jahren konnte das Ziel eines ausgeglichenen ordentlichen Haushaltes trotz der allgemeinen Verschlechterung der Wirtschaftslage stets erreicht werden. Die ungünstigen Rahmenbedingungen zeigten sich auch dadurch, dass seit 2008 das jährliche Haushaltsvolumen von 40,4 Mio. Euro nicht mehr weiter gewachsen ist. Der LRH wies darauf hin, dass die Zielerreichung durch Einmaleffekte möglich war, die in der Zukunft nicht mehr in diesem Ausmaß erwartbar sind. Er empfahl daher der Stadtgemeinde, die eingeleiteten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu intensivieren. Damit das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes nicht gefährdet wird, ist es notwendig, wieder einen entsprechenden finanziellen Gestaltungsspielraum aus der laufenden Gebarung zu schaffen.

Verschuldung in den letzten Jahren stark angestiegen – nachhaltige Haushaltskonsolidierung unerlässlich

- (4) In den letzten drei Jahren erhöhte sich der Stand an Finanzschulden um 4 Mio. Euro und betrug lt. Nachweis zum RA 2010 25,3 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung sonstiger schuldrechtlicher Verpflichtungen errechnen sich Verbindlichkeiten von 38,8 Mio. Euro, wovon ein Großteil auf die Gebührenhaushalte entfällt und keine Belastung für den Haushalt darstellt.

Von diesen Verbindlichkeiten entfielen 10,9 Mio. Euro auf **Fremdwährungsdarlehen (Schweizer Franken)**, die in den Büchern nicht mit dem aktuellen Kurswert zum Abschlussstichtag, sondern mit dem historischen Kurs zum Zeitpunkt der Darlehensaufnahme ausgewiesen sind. Der LRH weist darauf hin, dass sich durch die ungünstige Kursentwicklung die aushaftende Fremdwährungsschuld um rd. 3 Mio. Euro erhöhte. Dieser buchmäßige Kursverlust ist deutlich höher als der bisherige Zinsvorteil von rd. 410.000 Euro.

Solange sich der finanzielle Spielraum nicht wieder bessert, ist nach Ansicht des LRH ein weiterer Anstieg der Verschuldung mit der finanziellen Leistbarkeit nicht vereinbar. Dies deshalb, weil 2010 der Überschuss aus der laufenden Gebarung (ohne zweckgebundene Einnahmen) fast zur Gänze durch die Netto-Tilgungen gebunden war. Für eine nachhaltige Konsolidierung sollten insbesondere strukturelle Maßnahmen bzw. Einsparungen bei den großzügigen freiwilligen Leistungen zur Reduzierung der laufenden Ausgaben in Angriff genommen werden. Zum Prüfungszeitpunkt erarbeitete die Finanzverwaltung entsprechende Vorschläge für die Politik.

Zahlreiche Investitionsprojekte in Diskussion – Prioritätensetzung erforderlich

- (5) Der Rechnungsabschluss 2010 weist im außerordentlichen Haushalt einen Fehlbetrag von 2,6 Mio. Euro aus. Nach der Ausfinanzierung der laufenden Vorhaben sind zahlreiche Projekte (z. B. Dienstleistungszentrum, Sanierungen bzw. Erweiterung von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, Therme) schon konkret geplant oder in Diskussion bzw. Entwicklung. Um die Neuverschuldung in Zukunft in maßvollem Rahmen zu halten, hielt es der LRH für unerlässlich, eine Prioritätenreihung zu erstellen und die Realisierung nach den verfügbaren Einnahmen der laufenden Gebarung auszurichten.
- (6) Zusammenfassend gab der LRH folgende Empfehlungen:

Im Haushaltsbereich:

- Intensivierung der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, um wieder einen entsprechenden finanziellen Gestaltungsspielraum zu erreichen (siehe Pkte. 2.2., 6.2., 15.2., 22.2., 26.2., 27.2., 28.2. und 29.2.)
- Kostendeckende Leistungsentgelte bei Essen auf Rädern, beim Kindergartentransport, der Schülerbetreuung und –ausspeisung sowie beim Hort einheben (siehe Pkt. 25.2.)
- Vorgesehene Investitionsprojekte nach Prioritäten reihen und die Realisierung nach den verfügbaren Einnahmen der laufenden Gebarung ausrichten (siehe Pkt. 32.2.)
- Klare Risikolimits für Fremdwährungskredite durch Beschluss des Gemeinderates festlegen und diese Verbindlichkeiten im Rechnungsabschluss auch mit dem tatsächlichen Wert zum jeweiligen Abschlussstichtag transparent ausweisen (siehe Pkt. 23.2.)
- Die mittelfristige Finanzplanung überarbeiten und aktualisieren, damit sie als Planungs- und Steuerungsinstrument genutzt werden kann (siehe Pkt. 20.2.)

Zur Stadt- und Organisationsentwicklung:

- Örtliches Entwicklungskonzept aktualisieren, klare Stadtentwicklungsziele gemeinsam erarbeiten und Prioritäten setzen (siehe Pkt. 1.2.)
- Ein Verwaltungsleitbild entwickeln, strategisches Arbeiten forcieren und insgesamt ein klares Konzept zur Entwicklung des Stadtamtes erarbeiten, kommunizieren und umsetzen (siehe Pkte. 8.2. und 9.2.)
- Aufbau- und Ablauforganisation gesamthaft mit breiter Mitarbeiterpartizipation weiter entwickeln (siehe Pkte. 2.2., 3.2., 4.2., 5.2., 6.2. und 7.2.)

- Führungskultur, Führungsaufgaben und Führungsinstrumente einheitlich, klar und verbindlich definieren und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunizieren (siehe Pkte. 4.2. und 8.2.)
- Verstärkt Kompetenzen und Verantwortung an Führungskräfte und Sachbearbeiter delegieren und damit den Bürgermeister von der operativen Tagesarbeit entlasten (siehe Pkt. 8.2.)
- Den Einsatz moderner Managementinstrumente wie Personalentwicklung, Prozessoptimierung, Projektmanagement, Kosten- und Leistungsrechnung bis hin zu einem Management-Review forcieren (siehe Pkte. 9.2., 10.2., 12.2., 16.2. und 25.2.)
- Interne und externe Kommunikation optimieren (siehe Pkte 5.2. und 14.2.)

STRUKTUR DER STADTGEMEINDE

Eckdaten und Lageplan

Politischer Bezirk:	Gmunden
Landtagswahlkreis:	Traunviertel
Gemeindegröße:	63,49 km ²
Seehöhe (Hauptort):	425 m
Einwohner:	15.567 Personen
Hauptwohnsitze:	13.182 Personen
Wirtschaftsbetriebe (Betriebsstätten):	
Dienstleistungsbetriebe	578
Gewerbebetriebe	69
Handelsbetriebe	516
Tourismusbetriebe	105
Stadtamt:	
4810 Gmunden, Rathausplatz 1	
Gemeindepersonal:	197 Vollbesch.- Äquivalente
Gemeinderat:	37 Mitglieder (ÖVP 19, SPÖ 8, FPÖ 5, Grüne 4, Stadtliste 1)
Gemeindewappen:	Lage in OÖ:



Infrastruktur Bildung und Kinderbetreuung:

Krabbelstube	1
Kindergärten	4
Hort und Sonderhort	2
Volksschulen	3
Hauptschulen	2
Polytechnische Schule	1
Gymnasien	2
Landesmusikschule	1
Infrastruktur Straßen:	
Gemeindestraßen	80,0 km
Güterwege	4,2 km
Bundesstraßen	11,2 km
Landesstraßen	8,7 km

Ausgegliederte Rechtsträger

Beteiligungen:

VFI – Verein zur Förderung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Gmunden Co KG, Stadtentwicklung GmbH

Wesentliche Mitgliedschaften,

Kooperationen:

Reinholdungsverband Traunsee Nord
Bezirksabfallverband Gmunden
Standesamtsverband
Wissenschaftszentrum GmbH
Technologiezentrum Salzkammergut Gmunden



Quellen: Land OÖ; Abt. Geol; "Der Oberösterreicher 10/11"; Stadtgemeinde Gmunden (Stand Mai 2011)

Strukturelle Entwicklung

- 1.1. Die Bezirksstadt Gmunden versteht sich als eine moderne Wirtschafts- und Industriestadt mit regem Tourismus- und Kongressbetrieb. In einem überparteilich entwickelten Leitbild aus 1997 werden als Herausforderungen für Gmunden die Gestaltung des Lebens und Wohnens sowie des Verkehrs, die Weiterentwicklung der Verwaltung und die Erhaltung der Umwelt gesehen. Dazu wurden Vorschläge erarbeitet, um das Profil der Stadt in den Bereichen Bildung, Kultur, Handwerk und Einkauf sowie Sport und Tourismus zu schärfen. Der umfassende Zielkatalog des örtlichen Entwicklungskonzeptes aus 2003 beschäftigt sich ebenfalls mit diesen Herausforderungen (z. B. Erhalten bzw. Schaffen der räumlichen Voraussetzungen für den Tourismus, Verhinderung eines weiteren Kaufkraftabflusses, Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs und Beruhigung des motorisierten Individualverkehrs). Laut Angaben der Stadtgemeinde wird im Sommer 2011 mit der Überarbeitung des örtlichen Entwicklungskonzeptes begonnen.
- 1.2. Für den LRH war nicht erkennbar, inwieweit diese Ziele aktuell von den politisch Verantwortlichen akkordiert sind und welche Ziele prioritär verfolgt werden. Auch die Interviews mit den Fraktionsobleuten des Gemeinderates brachten keine Klarheit darüber. Er hielt daher die geplante Überarbeitung des örtlichen Entwicklungskonzeptes für zweckmäßig. Der LRH empfahl, in diesem Prozess einen Schwerpunkt auf die gemeinschaftliche Festlegung der Ziele durch die Politik und eine entsprechende Prioritätensetzung zu legen. Die politisch Verantwortlichen sollten sich auch mit möglichen Zielkonflikten auseinandersetzen (z. B. Angebot für die Wohnbevölkerung bzw. den Tourismus, Entwicklung des Individual- und des öffentlichen Verkehrs). Die Zielentwicklung könnte beispielsweise in einer gemeinsamen Strategieklausur auf Basis einer SWOT-Analyse¹ erfolgen.

Diese von der Politik zu definierenden Ziele sollten entsprechend ihren Prioritäten Grundlage für eine strategische Planung sein, die in weiterer Folge mit der Stadtverwaltung und insbesondere der Finanzplanung verknüpft werden soll. Damit würden auch die Planungen hinsichtlich der anstehenden Investitionsprojekte und deren Finanzierung für alle politischen Mandatäre und die interessierte Bevölkerung an Transparenz gewinnen.

ORGANISATION

Personalstand und Dienstpostenplan

- 2.1. Die Stadtgemeinde beschäftigte zum Stichtag 1.12.2010 insgesamt 223 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der 196,63 Personaleinheiten (PE) auf die einzelnen Bereiche und stellt sie dem Stand zum Stichtag 1.12.2009 gegenüber:

1 Eine **S**(trengths) **W**(eaknesses) **O**(pportunities) **T**(hreats)-**Analyse** stellt eine geeignete Methode dar, um ein klares Bild von der eigenen Situation und den Entwicklungsmöglichkeiten im bestehenden Umfeld zu gewinnen. Dabei wird das eigene Potenzial mit seinen Stärken und Schwächen den relevanten Umweltentwicklungen mit den sich daraus ergebenden Chancen und Risiken gegenübergestellt. Aus der Differenz zwischen dem gewünschten Soll- mit dem Ist-Profil lassen sich dann strategische Maßnahmen ableiten.

Bereich	Personaleinheiten		Personen	
	2009	2010	2009	2010
Allgemeine Verwaltung	57,29	57,04	61	61
Bücherei	1,50	1,35	2	2
Städtische Sicherheitswache	9,50	10,50	10	11
Betriebe:				
Stadtbetriebe Gmunden Energie	8,00	7,50	9	8
Sportstätten	8,20	8,25	12	12
Wasserversorgung	9,50	9,50	10	10
Kino bzw. Stadttheater	5,15	1,65	6	2
Kindergärten	33,34	34,96	44	45
Bedienstete im handwerklichen Dienst (ua. Wirtschaftshof, Essen auf Räder, Friedhof, Schulen, Gebäudereinigung)	72,68	65,88	78	72
Gesamt	205,16	196,63	232	223

Mit diesem Personalstand wurde in den letzten Jahren der Dienstpostenplan nicht voll ausgeschöpft. Am 1.12.2010 waren Dienstposten mit insgesamt 23,88 PE unbesetzt, im Jahr davor waren dies 21,88 PE.

- 2.2. Durch den Wegfall des Kinobetriebes und Einsparungen im handwerklichen Dienst konnte der Personalstand der Stadtgemeinde um 8,53 PE reduziert werden. In der allgemeinen Verwaltung blieb der Personalstand nahezu unverändert, bei der Sicherheitswache wurde 2010 der freie Dienstposten nachbesetzt.

Der LRH empfahl der Stadtgemeinde, ihre Bemühungen um einen effizienten Personaleinsatz zu intensivieren. Mittelfristig sah er insbesondere durch die Optimierung der Aufbauorganisation, kritisches Überarbeiten des bisherigen Aufgabenspektrums vor allem im Bereich der freiwilligen Aufgaben und durch die Synergien aus dem neuen Dienstleistungszentrum entsprechendes Potenzial zur weiteren Personaleinsparung.

Aufbau- und Ablauforganisation im Überblick

- 3.1. Die Verwaltung im Stadtamt Gmunden ist in vier Geschäftsgruppen gegliedert, wobei mit Ausnahme des Stadtamtsdirektors alle Geschäftsgruppenleiter gleichzeitig mit der Funktion eines Abteilungsleiters betraut sind. Zum Prüfungszeitpunkt war die Funktion der Stadtamtsdirektion nicht besetzt. Den Geschäftsgruppen sind der Wirtschaftshof sowie die Nebenbetriebe zugeordnet. Diese Aufbauorganisation ist in der Anlage 1 abgebildet. Die einzelnen Arbeitsbereiche der Bediensteten sind im Dienstpostenplan und in den Arbeitsplatzbeschreibungen definiert. Diese entsprachen teilweise nicht mehr den vorgefundenen Gegebenheiten und wurden noch während der Prüfung für einzelne Bereiche aktualisiert bzw. neu erstellt.

Örtlich ist die Stadtverwaltung auf mehrere Gebäude aufgeteilt. Im Rathaus untergebracht sind die Geschäftsgruppen I, II und III. Die Geschäftsgruppe IV sowie die Sicherheitswache befinden sich in einem Gebäude an der Traunbrücke. Die beiden Bürgerservicestellen sind im Zentrum bzw. in Traundorf situiert.

3.2. Aus der Sicht des LRH bestand im Stadtamt sowohl hinsichtlich der Aufbau- als auch der Ablauforganisation Entwicklungsbedarf, um den Anforderungen einer ziel- und wirkungsorientierten Verwaltung zu entsprechen. Bei der Erarbeitung eines neuen Organigramms sollten insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Überlegen von Aufgabenverlagerungen im Sinne einer optimalen Bürgerservicierung und den Bereich Bürgerservice stärker als organisatorische Einheit in der Geschäftsgruppe II fördern und entwickeln.
- Eingliederung der externen Einrichtungen dort, wo sie sich in der gelebten Struktur wiederfinden. Beispielsweise die Gebäudeverwaltung, die EDV oder die Sekretariate für den Bürgermeister und den Stadtdirektor.
- Erstellen eines rein aufgabenorientierten Organigramms (ohne Namen), die Aufgaben über alle Geschäftsgruppen im gleichen Detaillierungsgrad darstellen und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunizieren.
- Für eine effiziente Leistungserbringung mittelfristig die Organisationsstruktur überdenken und Hierarchieebenen abflachen.

Unter den nachfolgenden Punkten analysierte der LRH die Geschäftsgruppen I bis IV in aufbau- und ablauftechnischer Hinsicht. Daraus entwickelte er nachstehende Anregungen für die Weiterentwicklung der Organisation. Diese Veränderungen sollten in einem sinnvollen Zusammenwirken mit den Neubesetzungen infolge der anstehenden Pensionierungen erfolgen.

Geschäftsgruppe I – Präsidialabteilung – Stadtdirektor:

4.1. Die Bereiche EDV (1,8 PE), Städtische Sicherheitswache (11 PE), Standesamtsverband (4 PE), Wirtschaftsstelle (0,6 PE) sowie die Nebenbetriebe bilden die Geschäftsgruppe I (oder Präsidialabteilung).

4.2. Der LRH regte Folgendes an:

- Umbenennung der Geschäftsgruppe I in Stadtdirektion. Jedenfalls soll durch die Bezeichnung zum Ausdruck gebracht werden, dass dieser Geschäftsbereich den anderen Geschäftsgruppen übergeordnet ist. Vorteilhaft ist sicherlich auch, wenn dafür eine Bezeichnung im Organigramm verwendet wird.
- Verbindliche Festlegung der Führungsaufgaben und -kompetenzen für die Stadtdirektion.
- In diesem Zusammenhang wird angeregt, zukünftig das Personalmanagement – insbesondere die Personalentwicklung, Bedarfsplanung und die Weiterbildung – in der Stadtdirektion anzusiedeln.
- Eingliederung der Sekretariate des Bürgermeisters und der Stadtdirektion von der Geschäftsgruppe II. Dabei sollte auch die Ressourcenverteilung zwischen den Sekretariaten (drei bzw. 0,6 PE) überprüft werden. Weiters wäre zu überlegen, Telefon- und Posteinlauf auch der Stadtdirektion zuzuordnen. Öffentlichkeitsarbeit könnte ebenfalls direkt als Stabstelle hier zugeordnet werden.

- Die Sachbereiche Standesamtsverband und Wirtschaftsstelle könnten dagegen der Geschäftsgruppe II bzw. EDV der Geschäftsgruppe IV zugeordnet werden. Die EDV ist bereits derzeit in den Räumlichkeiten der Gruppe IV untergebracht. Eine klare Orientierung des EDV-Bereiches wird nach Ansicht des LRH wesentlich von ihrer künftigen Zielsetzung und Ausrichtung abhängen. Zum Zeitpunkt der Prüfung war dies noch offen.

Geschäftsgruppe II – Allgemeine Verwaltung/Personalabteilung:

- 5.1.** Die Geschäftsgruppe II bildet personell die größte Geschäftsgruppe im Stadamt. Sie gliedert sich lt. Angaben des leitenden Mitarbeiters in die Hauptverwaltung (15 PE), die Personalabteilung (2 PE) sowie die Kulturabteilung (7,45 PE - einschließlich Museum, Bücherei, Tagesheimstätte und Keramik).
- 5.2.** Nach Meinung des LRH sollte Folgendes überlegt werden:
 - Zuordnung des Personalmanagements zur Stadtdirektion sowie der Lohnverrechnung zur Geschäftsgruppe IV. Somit wäre eine Neubezeichnung der Geschäftsgruppe II „Allgemeine Verwaltung“ zielführend.
 - Weitere Sachbereiche könnten anderen Organisationseinheiten zugeordnet werden: Gebäudeverwaltung der Geschäftsgruppe III, inhaltliche Gestaltung der Homepage zur Öffentlichkeitsarbeit und ihre Wartung zur EDV.
 - Die Kulturabteilung sollte grundlegend aufgearbeitet werden. Aus Sicht des LRH braucht es klare Zielsetzungen und eine einheitliche Definition des Stellenwertes der kulturellen Leistungen der Stadtverwaltung. Damit sollte der zukünftig erforderliche Personalaufwand abgestimmt werden. Zu klären sind aber auch Zuständigkeiten sowie personeller Ressourcenaufwand für beispielsweise Schulwesen, Tourismus, Integration, Jugend, Gesundheit usw., die derzeit in der Kulturabteilung angesiedelt sind. Die Gebäudeverwaltung Schloss Orth könnte der Gebäudeverwaltung zugeordnet werden.
 - In der Stadt Gmunden gibt es eine moderne Bürgerservicestelle, in der auch die Sozialagenen sowie Standesamtsangelegenheiten bearbeitet werden. Weiters befindet sich in der Annastraße eine Bürgerservicestelle mit integrierter Postpartnerstelle. Die Öffnungszeiten sind außer Mittwoch (8 bis 13 Uhr) täglich jeweils von 8 bis 17 Uhr. Der LRH empfahl beide Einrichtungen langfristig u. a. hinsichtlich folgender Anforderungen zu überprüfen: strategische Ausrichtung/Zielsetzung, Serviceangebote, Öffnungszeiten, technische Ausstattungsanforderungen, Einführung eines Beschwerdemanagements sowie personelle Anforderungen (Personalbesetzung, Qualifikationsanforderungen und Vertretungsregelungen). Damit sollten auch Überlegungen einhergehen, welche Aufgaben zukünftig noch im Bürgerservice angeboten werden könnten.
 - Die Öffentlichkeitsarbeit wird seit 2008 von einer externen Mitarbeiterin mit 15 bis 25 Stunden wöchentlich betreut. Der Aufgabenbereich ist klar definiert und umfasst neben der Herausgabe der Stadtzeitung „Mittendrin“ (von der Planung bis zur Versendung inkl. Anzeigenakquisition) Pressespiegel, Pressekontakte, klassische, laufende Pressearbeit allgemein und für die Bereiche Kultur, Sportzentrum, Wirtschaft, Soziales sowie Integration. Der LRH regte an, diesen Aufgabenbereich auch im Hinblick auf die zukünftigen Anforderungen in der Internen Kommunikation, dem Beschwerdemanagement sowie der inhaltlichen Homepage-Betreuung

zu evaluieren. Dabei weist er darauf hin, dass zusätzliche Ressourcen durch die zuletzt eingetretene positive Entwicklung der Anzeigeneinnahmen finanziert werden könnten.

Geschäftsgruppe III - Stadtbauamt:

- 6.1. Diese Organisationseinheit besteht aus 12 PE (ohne Wirtschaftshof) und umfasst die Bereiche Bauamtsverwaltung, Baurecht, Hochbau, Tiefbau und den Wirtschaftshof.
- 6.2. Der LRH regte Folgendes an:
 - Grundsätzliche Überarbeitung der Aufgabenverteilung in Verbindung mit den anstehenden Pensionierungen und in Abstimmung mit den anderen Organisationseinheiten. Vor Nachbesetzungen von frei werdenden Dienstposten sollte das bestehende Optimierungspotenzial ausgeschöpft werden.
 - Integration der Bereiche Gebäudeverwaltung und Geo-Informationssystem.
 - Ein Nahtstellenmanagement in Hinblick auf das geplante Dienstleistungszentrum wäre jedenfalls zu berücksichtigen. Dazu stellte der LRH fest, dass für das geplante Dienstleistungszentrum zum Prüfungszeitpunkt ein Konzept in Ausarbeitung war, das jedoch noch nicht vorlag.

Geschäftsgruppe IV - Finanzverwaltung:

- 7.1. Diese Organisationseinheit besteht aus rund 9 PE und ist in die Buchhaltung sowie die Steuerabteilung gegliedert.
- 7.2. Nach Auffassung des LRH sollte Folgendes überlegt werden:
 - Eingliederung der Lohnverrechnung
 - Zum Zeitpunkt der Prüfung lag ein Produktkatalog vor, der im Rahmen eines Fachhochschulprojektes erarbeitet wurde. Dieser sollte evaluiert und in der gesamten Stadtverwaltung in Verbindung mit einer Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt werden.
 - Ausgehend von der bereits vorhandenen elektronischen Rechnungsarchivierung sollte der elektronische Akt für alle Bereiche der Stadtverwaltung angedacht und mit einem klar definierten Projekt umgesetzt werden.

Die vorgeschlagene Weiterentwicklung der Organisation ist nach Ansicht des LRH mit der neu zu bestellenden Stadtamtsdirektion abzustimmen. Außerdem sind einzelne Bereiche einschließlich des vorhandenen Optimierungspotenzials mit den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Detail aufzuarbeiten. Dem LRH ist bewusst, dass Innovations- und Veränderungsprozesse Ressourcen benötigen, die aber langfristig zu Einsparungen führen und letztlich die Effektivität und Effizienz des Verwaltungshandelns erhöhen. Fachliche Unterstützung sollte allenfalls durch eine externe Begleitung erfolgen. Die anfallenden Kosten müssen dabei aber in einem wirtschaftlich vertretbaren Rahmen bleiben.

Organisationsanalyse

In Anlehnung an ein europäisches Qualitätsbewertungssystem analysierte der LRH die Organisation der Kernverwaltung. Dazu führte er Interviews mit dem Bürgermeister, den Führungskräften sowie ausgewählten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, der Personalvertretung und den Fraktionsobleuten des Gemeinderates.² Zielsetzung der Gespräche war es, die Ist-Situation zu erheben, Änderungsbedarfe zu erkennen, Verbesserungsvorschläge in organisatorischer Hinsicht zu ermitteln und darauf aufbauend konkrete Maßnahmen für die Zukunft zu empfehlen.

Die wichtigsten Ergebnisse und Empfehlungen aus den Interviews fasste der LRH unter den Punkten 8 bis 14 zusammen. In den Sachverhaltsdarstellungen werden eingangs die generellen Zielsetzungen des jeweiligen Themenfeldes beschrieben.

Führungsebene

- 8.1. Eine optimale Führungsqualität ist vor allem vom Engagement der Führungskräfte abhängig. Diese müssen die Interessensgruppen in der Gemeinde genau kennen und ein Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen und politischen Vorgaben herstellen können. Die Führungskräfte der Kernverwaltung sind der Bürgermeister, der Stadtdirektor (zum Prüfungszeitpunkt nicht besetzt), die drei Gruppenleiter der Allgemeinen Verwaltung/Personalabteilung, Finanz- und Bauverwaltung sowie die Abteilungsleiterinnen und -leiter.
- 8.2. Nach Meinung des LRH sind die Führungskräfte um eine bürgernahe, mitarbeiterorientierte und wirtschaftliche Führung bemüht. Unterstrichen wird dies durch ein im Rahmen der vom LRH geführten Gespräche gut bewertetes Betriebsklima. Der Bürgermeister ist äußerst engagiert und besitzt durch die starke Einbindung in die operative Arbeit einen guten Überblick über die aktuelle Arbeitssituation im gesamten Stadtamt. Zur weiteren Verbesserung regte der LRH an, folgende Überlegungen umzusetzen:
 - Erstellung eines Leitbildes für die gesamte Stadtverwaltung, auf dessen Grundlage die strategische Arbeit forciert werden sollte. Der LRH stellte fest, dass in den letzten Jahren immer wieder Ideen für die Verwaltungsmodernisierung diskutiert wurden, eine konsequente Umsetzung fand jedoch nicht statt. In der Zukunft sollten daher die gesetzten Ziele, Prioritäten und Maßnahmen insoweit dokumentiert werden, dass ein Umsetzungscontrolling möglich ist.
 - Vereinheitlichung der Führungskultur etwa hinsichtlich der Aspekte Führungsstil, Führungsverantwortung, Führungsinstrumente, Führungsqualifikation, Anerkennung/Motivation der Bediensteten und Verwaltungsinnovation. Diese sollte schriftlich dokumentiert und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kommuniziert werden.

2 Insgesamt wurden 16 Gespräche geführt.

- Klare Definition von Führungsaufgaben auf allen Ebenen sowie eindeutige Klärung des Funktionsverständnisses und der damit verbundenen Rollen zwischen dem neu zu bestellenden Stadtdirektor und dem Bürgermeister. Wesentliche Führungsaufgaben sind etwa das Abhalten eines jährlichen Mitarbeitergesprächs für alle Bediensteten oder die Entwicklung von Nachwuchsführungskräften. Die Führungskräfte sollten in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben bei Bedarf durch gezielte Weiterbildungsmaßnahmen unterstützt werden. Zukünftig sollte auch der Stellvertretungsregelung für Führungskräfte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.
- In Abstimmung mit den politischen sowie den verwaltungsinternen Zielen sollte eine Mittelfrist- sowie Jahresplanung für die einzelnen Geschäftsgruppen erstellt werden.
- Verstärkt Kompetenzen und Verantwortung an Führungskräfte und Sachbearbeiter delegieren und damit den Bürgermeister von der operativen Tagesarbeit entlasten.
- Einführung eines internen Vorschlagswesens und verbunden damit Überdenken des bestehenden Belohnungssystems, das jedenfalls an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommuniziert werden sollte.
- Einführung und zentrale Verankerung eines übergreifenden und standardisierten Projektmanagements. Dies soll einerseits Transparenz für die politischen Gremien, die Bevölkerung und die Bediensteten des Stadtdirektorates bringen. Andererseits können damit rechtzeitig beispielsweise Finanzierungsengpässe, Budgetüberschreitungen, zeitliche Verschiebungen oder inhaltliche Probleme erkannt und Maßnahmen zur Gegensteuerung ergriffen werden.
- Schaffung eines bereichsübergreifenden und bedarfsgerechten internen Kommunikationssystems (z. B. interner Newsletter) und Sitzungsmanagements im gesamten Stadtdirektorat. Wie bereits durch einen von der Stadtgemeinde beigezogenen externen Berater angeregt, sollte die monatliche Dienstbesprechung (am Donnerstag) optimiert werden. Sinnvoll hält der LRH jedenfalls die Beiziehung der Verantwortlichen für Öffentlichkeitsarbeit und generell das Überdenken des Teilnehmerkreises, der Sitzungsthemen und -dauer.
- Im Rahmen der externen Kommunikation empfahl der LRH die Erstellung und Umsetzung eines zielorientierten Homepagekonzeptes. Ziel sollte sein, dass der Auftritt der Stadtgemeinde in allen Bereichen (z. B. Öffentlichkeitsarbeit des Stadtdirektorates sowie der Betriebe, im Kulturbereich sowie den sonstigen Leistungsbereichen) abgestimmt erfolgt.

Strategie, Planung und Organisationspolitik

- 9.1.** Strategie, Planung und Organisationspolitik müssen sich mit der internen Kultur, dem Aufbau und den Geschäftsabläufen einer Organisation auseinandersetzen. Strategie, Planung und Prozesse sollen laufend überwacht werden, um festzustellen, ob sie als Ganzes wechselnden Rahmenbedingungen gerecht werden. Mittel- und langfristige Ziele für die Stadtentwicklung und das Stadtdirektorat waren nicht schriftlich definiert und den Interviewpartnern wenig bekannt.

- 9.2.** Für den LRH zeigten die geführten Gespräche mit allen Fraktionsobleuten sowie dem Bürgermeister einen konkreten Bedarf zur besseren Abstimmung mit den politischen Programmen auf. Planung, Steuerung und Kontrolle sind wesentliche Führungsaufgaben mit hohem Stellenwert.

Die Stadt Gmunden plant viele Projekte. Der LRH empfahl, klare Prioritäten zu setzen und diese gemeinsam mit den wesentlichen Eckpunkten der Projekte auch transparent zu machen. Er regte weiters an, einen Planungskreislauf zur optimalen Abstimmung zwischen den politischen Zielen und den internen Entwicklungszielen bzw. Planungen zu installieren. Dieser sollte jedenfalls eine Bewertung der Zielerreichung mit entsprechender Abweichungsanalyse beinhalten.

Personalmanagement

- 10.1.** Personalmanagement durchleuchtet, wie die Organisation Wissen und Potenzial der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördert und wie sie diese Aktivitäten plant, damit sie Politik und Strategie der Organisation unterstützen. Die Anforderungen an das Personal, fachliche Zielvereinbarungen und individuelle Weiterbildungsschwerpunkte sind in den Arbeitsplatzbeschreibungen nicht definiert. Die operativen Personalagenden werden derzeit durch die Leitung der Geschäftsgruppe II wahrgenommen.

- 10.2.** Der LRH gewann den Eindruck, dass die Stadtverwaltung die Weiterbildung des Personals förderte und dabei auch bestimmte Zielsetzungen verfolgte. Er stellte allerdings fest, dass sich das Personalmanagement in der derzeitigen Struktur vor allem mit Personalverwaltungsaufgaben beschäftigt. Durch folgende Maßnahmen könnte das Personalmanagement noch wirkungsorientierter gestaltet werden:

- Gezielte Fortsetzung der Führungskräftenachwuchsplanung und -schulung aufgrund der anstehenden Pensionierungen bis 2015 (Bildungskonzept). Jobrotation und Förderung der weiblichen Nachwuchskräfte sollen wesentliche Bestandteile sein. Für übergreifende Themen, die alle/mehrere Bedienstete betreffen, scheint die Intensivierung von „Indoor-Schulungen“ sinnvoll.
- Aufgaben- bzw. Funktionsbeschreibungen jährlich aktualisieren sowie um wesentliche Bestandteile wie Stellenziel, detaillierte Befugnisse und Verantwortungen sowie die Stellvertretungsregelung ergänzen. Jedenfalls sollen Jahreszielvereinbarungen für jeden Bediensteten im Rahmen des Mitarbeitergespräches erarbeitet werden.

Im Zuge der gesamtorganisatorischen Weiterentwicklung regte der LRH an, ein umfassendes, zukunftsorientiertes Personalkonzept zu erarbeiten. Darin sollten auch Themen wie Personalleitbild, Personalbedarfsplanung, Mitarbeiterauswahl und -einführung, Leistungsbeurteilung usw. aufgearbeitet werden.

Externe Partnerschaften und Ressourcen

- 11.1. Das wesentliche Ziel, externe Partnerschaften und Ressourcen aufzubauen, besteht grundsätzlich darin, den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern, sich Handlungsressourcen auf Feldern zu erschließen, die mit eigenen Mitteln und aus eigener Kraft nicht erreichbar wären. Sowohl der Bürgermeister als auch die Fachbereiche der Stadtverwaltung stehen Kooperationen aufgeschlossen gegenüber. Regelmäßig fanden Gespräche auf unterschiedlichen Ebenen mit anderen Gemeinden der Traunseeregion statt. Anlassbezogen gab es in der Vergangenheit unterschiedliche Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung.
- 11.2. Der LRH unterstützte die Absicht, Möglichkeiten zur Zusammenarbeit im Verwaltungsbereich zukünftig auszuloten. Beispielsweise kann der bereits existierende Standesamtsverband auf eine erfolgreiche Entwicklung verweisen. Ein Gesamtkonzept, welches intern und in Abstimmung mit der Politik unter der Leitung der Stadtamtsdirektion erstellt wird, würde diese Bemühungen sicherlich noch auf ein besseres Fundament stellen. Der LRH wies darauf hin, das allerdings zukünftig all diese Aktivitäten unter der Prämisse einer transparenten Kosten-Nutzen-Betrachtung zu setzen sind.

Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger wird vom LRH unterstützt und sollte in relevanten Bereichen weiter ausgebaut werden.

Prozess- und Veränderungsmanagement

- 12.1. Prozess- und Veränderungsmanagement befähigt eine Organisation, ihre Prozesse zu verbessern und weiter zu entwickeln, um ihre Kunden und andere Interessensgruppen zufrieden zu stellen und einen Mehrwert für sie zu generieren. In Gmunden war das Prozessdenken erkennbar, wenngleich die Kernprozesse nicht definiert waren. In den Interviews signalisierten die Gesprächspartner Veränderungsbedarf. Die Bereitschaft innerhalb der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Veränderungen zuzulassen bzw. mitzutragen war unterschiedlich ausgeprägt.
- 12.2. Dem LRH ist bewusst, dass das Prozessdenken in Gemeinden erst ansatzweise ausgeprägt ist. Die im Stadtamt betrachteten Prozesse (Bestellwesen, Vorbereitung von Gemeinderatssitzungen mit anschließender Infoweitergabe, Personalauswahlverfahren und Budgetplanung) sind großteils strukturiert und klar festgelegt. Dennoch hielt es der LRH für wichtig, dass das Stadtamt eine Prozesslandkarte – das ist eine Darstellung aller Schlüsselprozesse der Organisation – in Abstimmung mit den Organisationszielen entwickelt. Diese sollte jedenfalls enthalten:
- **Führungsprozesse** (beispielsweise Planungsprozess, Erstellung Weiterbildungskonzept, Erstellung Voranschlag/MFP, Personalaufnahme, Mitarbeitergespräch)
 - **Leistungsprozesse** (beispielsweise Gebührenvorschreibung, Erstellung der Stadtzeitung, Subventionsansuchen, Veranstaltungsbewilligung)
 - **unterstützende Prozesse** (beispielsweise Bestellwesen, Datensicherung) sowie
 - **Verbesserungs- und Innovationsprozesse** (beispielsweise Mitarbeiterbefragung, Bevölkerungsbefragung, Beschwerdebehandlung, innerbetriebliches Vorschlagswesen)

Das Prozessmanagement soll die gute Qualität der Arbeit laufend weiter verbessern und stellt die Basis für eine Weiterentwicklung der Serviceorientierung dar. Durch klare Zuteilung der jeweiligen Prozessverantwortung an einzelne Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter wird erreicht, dass sich diese auch stärker identifizieren.

Der LRH empfahl der Notwendigkeit einer kontinuierlichen Weiterentwicklung nicht nur im Leitbild, in der Führungskultur sondern auch im täglichen Umgang miteinander einen höheren Stellenwert einzuräumen.

Kunden-/Bürgerorientierte Resultate

- 13.1. Für eine Verwaltung ist es bedeutsam, die Zufriedenheit ihrer internen und externen Kunden im Hinblick auf den Gesamteindruck der Organisation, ihre Produkte und Dienstleistungen, ihre Offenheit und ihre Kundenorientierung zu messen. In Gmunden gab es bisher auf Verwaltungsebene keine Befragungen bzw. andere Erhebungen der Kundenzufriedenheit. Beschwerden von Seiten der Bevölkerung wurde individuell und bürgerfreundlich nachgegangen. Informationen über Anzahl oder Inhalte von Beschwerden lagen nicht vor.
- 13.2. Für die Entwicklung der Stadtverwaltung sind periodische Befragungen, die auf den Gesamteindruck der Organisation (Qualität, Kompetenz, Freundlichkeit, Schnelligkeit, Öffnungszeiten, Warte- und Bearbeitungszeiten usw.) schließen lassen, ziel führend. Der LRH ist sich bewusst, dass die Bereitschaft der Bevölkerung, sich an Umfragen zu beteiligen, generell gering ist. Trotzdem werden Instrumente empfohlen, die eine Weiterentwicklung der Servicequalität zulassen, beispielsweise Befragung der Bauwerber, Kundenbefragungen im Bürgerservice, Befragung von Veranstaltern usw. Möglich wäre auch eine Befragung der Leserinnen und Leser hinsichtlich ihrer Zufriedenheit mit der dreimal jährlich erscheinenden Stadtzeitung „Mittendrin“.

Mitarbeiterzufriedenheit

- 14.1. Die Mitarbeiterzufriedenheit beeinflusst die Leistungsfähigkeit einer Organisation. In der Stadtverwaltung Gmunden hat es bisher noch keine schriftlichen Befragungen gegeben. Das Betriebsklima wurde von den Gesprächspartnern gut beurteilt. Indikatoren, die das in Frage stellen würden, wie hohe Anzahl von Krankenständen sowie übermäßige Fluktuationen, waren nicht zu erkennen. Eine Dienstanweisung zum Umgang mit häufig abwesenden Bediensteten lag vor.
- 14.2. Der LRH regte an, zukünftig alle drei bis fünf Jahre eine schriftliche, anonyme Mitarbeiterbefragung durchzuführen. Im Rahmen dieser Umfrage können Themen wie Arbeitsplatzzufriedenheit, Betriebsklima, Kollegenbeziehungen, Informationsfluss, technische Ausstattung, Arbeitsverteilung, Vorgesetztenverhalten usw. abgefragt und im Zeitablauf verglichen werden. Weiters verweist der LRH auf das Mitarbeitergespräch sowie auf individuelle Dienstbesprechungen, die auch unter diesem Aspekt immer wieder wertvolle Aufschlüsse geben. Das Stadamt sollte daher weiterhin das Betriebsklima fördern.

HAUSHALTS- UND FINANZSITUATION

Haushaltsergebnisse

15.1. Der Bürgermeister als Finanzreferent der Stadtgemeinde hat die Sicherung eines ausgeglichenen ordentlichen Haushaltes (o. H.) als finanzpolitisches Ziel definiert. Dieses Ziel wurde bisher stets erreicht. Das Volumen des o. H. lag 2008 bei rd. 40,21 Mio. Euro und blieb 2010 mit rd. 40,45 Mio. Euro nahezu unverändert. In den letzten drei Jahren trugen neben einer Reduktion der laufenden Ausgaben folgende Maßnahmen zum Haushaltsausgleich bei:

- zweckgebundene Einnahmen aus Anschluss- und Aufschließungsbeiträgen von rd. 1,36 Mio. Euro verblieben im o. H.,
- durch Forderungsabtretungen an den VFI konnten 918.000 Euro vereinnahmt werden und
- die vom Gemeinderat am 30.3.2009 beschlossene Laufzeitverlängerung von Darlehen für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung reduzierte die jährliche Tilgung von 287.800 Euro auf 114.600 Euro (jährlich minus 173.200 Euro), wobei 2009 die Tilgung für diese Darlehen gänzlich ausgesetzt wurde.

Der außerordentliche Haushalt (ao. H.) wies in den letzten drei Jahren stets Abgänge aus. Diese lagen im RA 2008 und 2009 jeweils bei 5,48 Mio. Euro. Die Ausfinanzierung von bereits abgeschlossenen Vorhaben mittels Darlehensaufnahmen reduzierte den Fehlbetrag im RA 2010 auf 2,60 Mio. Euro.

15.2. Der LRH anerkennt, dass selbst in den wirtschaftlich schwierigen Jahren das finanzpolitische Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes erreicht wurde. In den letzten Jahren trugen auch Einmaleffekte zur Zielerreichung bei, die in der Zukunft nicht mehr in diesem Ausmaß erwartbar sind. Er empfahl daher der Stadtgemeinde, die eingeleiteten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu intensivieren, um wieder einen entsprechenden finanziellen Gestaltungsspielraum zu erreichen. Zur nachhaltigen Reduzierung der laufenden Ausgaben sollten insbesondere strukturelle Maßnahmen in Angriff genommen werden. Dies ist im Hinblick auf die geplanten Investitionsprojekte unerlässlich, damit ein weiterer Anstieg der Verschuldung vermieden bzw. zumindest möglichst gering gehalten werden kann. Lt. Angaben der Finanzverwaltung werden bis Herbst 2011 alle Aufgaben und Leistungsbereiche kritisch auf mögliche Einsparungspotenziale durchleuchtet und Vorschläge für die Politik erarbeitet.

Voranschlagserstellung und –überwachung

16.1. Der VA für 2011 ist im o. H. mit Einnahmen und Ausgaben von 39,90 Mio. Euro ausgeglichen erstellt, der ao. H. weist unter Berücksichtigung der vorläufigen Ergebnisse 2010 einen Fehlbetrag von 1,87 Mio. Euro aus.

Zum Zeitpunkt der Prüfung arbeitete die Finanzabteilung an der Erstellung eines Nachtragsvoranschlages, der dem Gemeinderat im Juli 2011 zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

Anlässlich der spürbaren Auswirkungen der Finanzkrise installierte die Stadtgemeinde 2009 zur Überwachung der Budgetsituation ein Controlling. In Form von Quartalsberichten wird neben der aktuellen Budgetlage auch die Entwicklung der wesentlichsten Haushaltspositionen beschrieben.

- 16.2. Sowohl die konsequente Budgetüberwachung als auch den Zeitpunkt der Erstellung des Nachtragsvoranschlag sieht der LRH als Zeichen für eine konsequente Budgetpolitik. Dadurch ist die Stadtgemeinde in der Lage bei unvorhergesehenen Veränderungen, die die Einhaltung des Budgetrahmens gefährden könnten, rechtzeitig entgegen zu steuern. Der vorliegende Finanzbericht könnte eventuell um organisatorische Kennzahlen (z. B. Personalkennzahlen, Auslastungskennzahlen für ausgesuchte öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen) zu einem Management-Review erweitert werden.

Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung

- 17.1. Der Rechnungsquerschnitt ist dem Begriffssystem des Europäischen Systems volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung nachgebildet und stellt die wirtschaftlichen Sachverhalte der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung dar. Nachstehende Tabelle (Beträge in Tausend Euro) zeigt die Rechnungsquerschnitte der Stadtgemeinde in verdichteter Form. Die Details dazu sind der Anlage 2 zu entnehmen und werden unter den Punkten 18 bis 21 des Gutachtens näher beleuchtet.

KZ	Bezeichnung	2008	2009	2010	09/10
		Summe o. + ao. H.			in %
	Laufende Gebarung				
19	Einnahmen	38.303,4	39.139,6	38.414,9	-1,9%
29	Ausgaben	36.652,4	39.087,0	37.012,6	-5,3%
91	Saldo 1: Ergebnis der laufenden Gebarung	1.651,0	52,5	1.402,3	2571,0%
	Vermögensgebarung				
39	Einnahmen	3.800,5	3.074,5	2.264,1	-26,4%
49	Ausgaben	10.319,2	5.029,6	3.442,0	-31,6%
92	Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	-6.518,7	-1.955,1	-1.177,9	39,8%
	Saldo 1 und Saldo 2	-4.867,7	-1.902,6	224,4	111,8%
	Finanztransaktionen				
59	Einnahmen	2.667,6	5.704,3	4.783,0	-16,2%
69	Ausgaben	1.998,3	3.683,3	2.247,4	-39,0%
93	Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen	669,3	2.020,9	2.535,6	25,5%
94	Saldo 4: Jahresergebnis ohne Verrechnung o/aoH. u. ohne Abwicklungen	-4.198,4	118,4	2.760,0	2231,1%
82 - 86	Abwicklung Sollergebnis Vorjahre	-1.280,0	-5.478,4	-5.360,0	2,2%
99	Administratives Jahresergebnis	-5.478,4	-5.360,0	-2.600,0	-51,5%

17.2. Der LRH stellte im mehrjährigen Vergleich Folgendes fest:

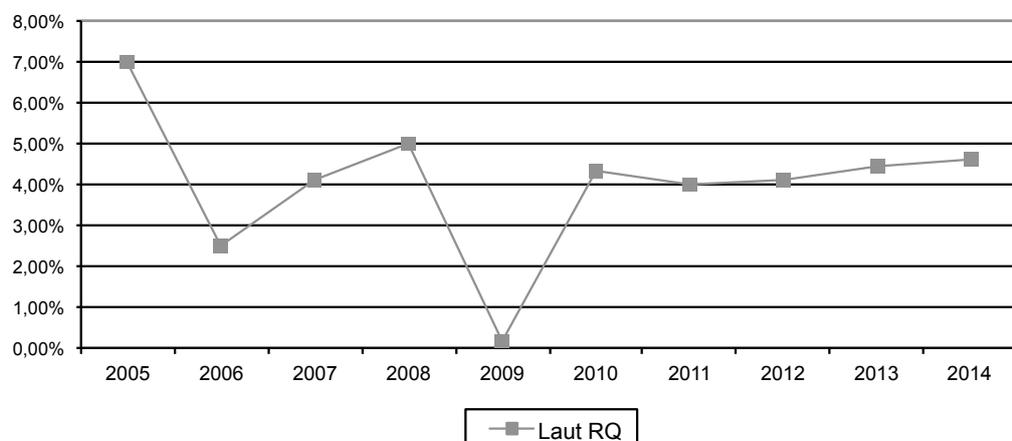
- Das **Ergebnis der laufenden Gebarung** (Saldo 1) zeigt einen deutlichen Einbruch im Jahr der Finanzkrise. Nach einem positiven Saldo 2008 von 1,65 Mio. Euro sank dieser 2009 auf 53.000 Euro. 2010 verbesserte er sich wieder auf 1,40 Mio. Euro.
- Aus dem **Ergebnis der Vermögensgebarung** (Saldo 2) ist insbesondere 2008 der hohe Finanzierungsbedarf für die Investitionsvorhaben (z. B. Sportzentrum) ersichtlich. Durch die rückläufige Investitionstätigkeit im Gemeindehaushalt verbesserte sich das Ergebnis in den letzten drei Jahren von minus 6,52 Mio. Euro auf minus 1,18 Mio. Euro.
- Der Saldo aus der laufenden und der Vermögensgebarung (Saldo 1 und 2) war erstmals 2010 positiv, d.h. in diesem Jahr standen ausreichend laufende Mittel für die in diesem Jahr getätigten Investitionen zur Verfügung.
- Das positive **Ergebnis der Finanztransaktionen** (Saldo 3) ist vor allem durch die Darlehensaufnahmen zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen beeinflusst.
- Das administrative Jahresergebnis spiegelt bedingt durch den ausgeglichenen o. Haushalt das Ergebnis des ao. H. wider.

Laufende Gebarung

Öffentliches Sparen im Überblick

- 18.1. Das öffentliche Sparen zeigt sich im Ergebnis der laufenden Gebarung. Die daraus ableitbare Sparquote³ lag 2008 bei 5 Prozent und sank 2009 auf 0,2 Prozent ab. 2010 verbesserte sie sich auf 4,4 Prozent. Im VA 2011 wird eine Quote von 4,4 Prozent erwartet.

Quote öffentliches Sparen



3 Die öffentliche Sparquote wird berechnet: Ergebnis der laufenden Gebarung (KZ 91)/laufende Ausgaben (KZ 29 minus KZ 17)*100. Je höher die öffentliche Sparquote ist, desto mehr Mittel stehen für die Finanzierung von Ausgaben der Vermögensgebarung und für die Rückzahlung von Schulden zur Verfügung.

18.2. Der LRH stellte fest, dass mit dieser - trotz guter Finanzkraft - niedrigen Sparquote kaum Mittel für Investitionen vorhanden waren.⁴ Die Gründe dafür sah der LRH vor allem in der sehr großzügigen Übernahme von freiwilligen Aufgaben bzw. Leistungen durch die Stadtgemeinde. Zusätzlich zu den Ausgaben für Förderungen bzw. Subventionen belasteten auch diverse Projekte (z. B. Universitätsansiedlung, Jugendbetreuung) den Haushalt.

Zu den einzelnen Einnahmenarten stellte der LRH Folgendes fest:

- Die **eigenen Steuern** (KZ 10) stiegen von 2008 bis 2010 kontinuierlich auf 8,47 Mio. Euro an. Während sich die Grund- und Kommunalsteuereinnahmen erhöhten, sanken die Interessentenbeiträge für Wasser und Kanal.
- Die **Einnahmen aus Ertragsanteilen** (KZ 11) entwickelten sich seit 2008 rückläufig. Sie sanken von 2008 mit 11 Mio. Euro bis 2010 um fast 1 Mio. Euro. Im laufenden Finanzjahr rechnet die Stadtgemeinde mit einer Trendwende, mit Juni 2011 lagen die Einnahmen um 300.000 Euro über dem Vorjahreswert.
- Insgesamt verfügt Gmunden über eine gute Finanzkraft, zu der mit einem Anteil von 44 Prozent die eigenen Steuereinnahmen einen vergleichsweise hohen Beitrag leisten. Im Jahr 2010 lag Gmunden bei der Finanzkraft mit einer Kopfquote von 1.366 Euro am 15. Rang in OÖ.⁵
- Die drittstärkste Einnahmequelle bilden die **Benützungsgebühren von Gemeindefeinrichtungen** (KZ 12). Sie stiegen von 5,86 Mio. Euro 2008 auf 6,23 Mio. Euro im Jahr 2010. Diese Mehreinnahmen stammen hauptsächlich aus den Gebühren für Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Friedhof.
- Die **Einnahmen aus Leistungen** (KZ 13) verringerten sich von 2008 bis 2010 um 664.700 Euro auf 2 Mio. Euro. Dieser Rückgang war vor allem durch die Schließung der Stadtküche (minus 360.000 Euro), den Entfall der Elternbeiträge infolge des Gratiskindergartens (minus 187.000 Euro) und durch geringere Gastschulbeitragseinnahmen bei den Schulen (minus 111.000 Euro) begründet.
- Nach einem Rückgang auf 1,46 Mio. Euro 2009 blieben die **Einnahmen aus Besitz und wirtschaftliche Tätigkeit** (KZ 14) 2010 konstant. Begründet wurde der Rückgang insbesondere durch die um 91.800 Euro gesunkenen Zinseinnahmen.
- Die **laufenden Transferzahlungen von Trägern öffentlichen Rechtes** (KZ 15) steigen von 2008 bis 2010 um 288.000 Euro auf 1,19 Mio. Euro. Der Anstieg resultierte aus den höheren Landesbeiträgen für die Kindergärten.
- Die **sonstigen laufenden Transfereinnahmen** (KZ 16) verbesserten sich von 2008 auf 2009 um 50.000 Euro und sanken 2010 auf 840.000 Euro. Für 2011 ist eine positive Entwicklung absehbar. Seit Oktober 2010 führte die Stadt zur Hebung der Verkehrssicherheit Radarüberwachungen durch, im Zeitraum Jänner bis April 2011 führte dies im Vergleich zum Vorjahr zu Mehreinnahmen von 190.000 Euro.

4 Auch das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum wertet eine öffentliche Sparquote unter 5 Prozent als unzureichend.

5 Gemessen an der Einwohnerzahl gem. FAG

Ausgabenseitig war Folgendes festzustellen:

- Die **Personalausgaben** (KZ 20) stiegen 2008 ua. bedingt durch den Einsatz im Zusammenhang mit der Hangrutschung „Gschlifgraben“ und die Landesausstellung auf 8,89 Mio. Euro (+ 8,6 %). Nach einer weiteren Steigerung von 1,9 % im Jahr 2009 konnten sie 2010 erstmals auf 8,83 Mio. Euro gesenkt werden. Trotz dieser Reduktion entfielen 2010 immer noch 27,2 Prozent der laufenden Ausgaben⁶ auf das Personal, das entspricht einem Anteil von 21,8 Prozent an den ordentlichen Ausgaben. Der LRH sah in einer Verringerung dieses Anteils einen wesentlichen Ansatzpunkt für eine nachhaltige Verbesserung der Haushaltssituation.
- Die **Bezüge der gewählten Organe** (KZ 22) sanken von 2008 auf 2009 auf 305.000 Euro. Durch die Aufstockung der Mitgliederzahl in den Ausschüssen nach der Wahl 2009 stiegen die Ausgaben 2010 auf 325.000 Euro.
- Nach kontinuierlichen Steigerungen in den Vorjahren (64.900 Euro bzw. 118.600 Euro) sanken die Ausgaben für **Ge- und Verbrauchsgüter** (KZ 23) 2010 auf 1,20 Mio. Euro. Der Rückgang von 31.000 Euro resultierte vor allem aus der Schließung der Stadtküche.
- Der **Verwaltungs- und Betriebsaufwand** (KZ 24) sank kontinuierlich von 9,3 Mio. Euro 2008 auf 8,6 Mio. Euro 2010. Trotz der Übernahme der Leistungen der Stadtentwicklung und den gestiegenen Energiekosten konnten durch die Optimierung des Energieverbrauchs, geringere Instandhaltungsmaßnahmen und die gesunkene Zinsbelastung die Ausgaben verringert werden. Einmalig wurden 2010 auch die Ausgaben für das Theaterabo und die Märchentage (2009: 89.500 Euro) beim Stadtkinobetrieb dargestellt.
- Analog der Entwicklung des Zinsniveaus sanken die **Zinsen für Finanzschulden** (KZ 25) im Zeitraum 2008 bis 2010 um mehr als zwei Drittel auf 226.700 Euro.
- Die **laufenden Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts** (KZ 26) stellen die größte Ausgabenposition dar. Nach einem Anstieg 2009 um 1,195.000 Euro (10,9 %) reduzierten sie sich 2010 auf 11,91 Mio. Euro (2,1 %). Diese Schwankungen sind wesentlich auf die Verschiebungen der Beiträge an den OÖVV zurückzuführen (2009 enthält die Jahresbeiträge für 2008 und 2009, der Jahresbeitrag 2010 von 450.000 Euro ist erst 2011 abgerechnet).

Der Anteil der SHV-Umlage, des Krankenanstaltenbeitrages und der Landesumlage an den Transferzahlungen ist von 2008 auf 2010 von 65 Prozent auf 70 Prozent gestiegen. Diese Zahlungen banden 2010 mit 98 Prozent nahezu die gesamten eigenen Steuereinnahmen, 2008 mussten dafür nur 87 Prozent herangezogen werden.

6 Laufende Ausgaben lt. KZ 29 minus KZ 17.

- Die **sonstigen laufenden Transferzahlungen** (KZ 27) gingen von 2008 bis 2010 kontinuierlich auf 1,18 Mio. Euro zurück. Im letzten Jahr trug zu dieser Entwicklung neben Einsparungen bei freiwilligen Maßnahmen wesentlich die Stilllegung der Stadtentwicklungs GmbH bei⁷, deren Zuschussbedarf sich von 2009 auf 2010 um 164.000 Euro verringerte. Diese Leistungen wurden 2010 sukzessive von der Gemeindeverwaltung übernommen, die Ausgaben verlagerten sich daher zu den Kennzahlen 20, 23 und 24.
- Die **Ausgaben und Einnahmen aus Gewinnentnahmen** (KZ 28 und 17) entsprechen per Saldo der Verlustabdeckung der Stadtgemeinde für das bis Ende 2010 als wirtschaftliches Unternehmen geführte Stadtkino. Während dieser 2008 bei 129.000 Euro lag, erhöhte er sich 2010 auf 133.800 Euro (inkl. Abfertigung, Theaterabo und Märchentage).

Vermögensgebarung

- 19.1.** Die Einnahmen aus der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen reduzierten sich in den letzten drei Jahren von 3,80 Mio. Euro auf 2,26 Mio. Euro. Zum Rückgang trugen hauptsächlich geringere Landesförderungen⁸ bei, auch die Erlöse aus Grundstücksveräußerungen halbierten sich. Die Ausgabenentwicklung (von 10,32 Mio. Euro im Jahr 2008 auf 3,44 Mio. Euro 2010) spiegelt die rückläufige Investitionstätigkeit im Gemeindehaushalt⁹ wider. Die Investitionsquote¹⁰ lag 2008 bei 22,7 Prozent und sank bis 2010 auf 6,4 Prozent.
- 19.2.** Der Rückgang der Investitionen ist für den LRH ein Indiz dafür, dass die Stadtgemeinde in den letzten Jahren ihre Investitionstätigkeit an die Leistungsfähigkeit ihres Haushaltes angepasst hat. Die Realisierung neuer Investitionsprojekte ist nach Ansicht des LRH für die Stadtgemeinde nur leistbar, wenn entsprechende Überschüsse aus der laufenden Gebarung erwirtschaftet werden oder Vermögen (z. B. Grundstücke, Wohn- und Geschäftsgebäude) veräußert wird.

Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung (MFP)

- 20.1.** Die MFP 2011 bis 2014 enthält die Budgetspitzen auf Basis des mittelfristigen Einnahmen- und Ausgabenplans sowie den mittelfristigen Investitionsplan. Dabei zeigen die Budgetspitzen, die über die finanzielle Leistungsfähigkeit des Haushalts Aufschluss geben, 2011 und 2012 negative Ergebnisse (-558.300 Euro und -148.500 Euro). 2013 wird ein positives Ergebnis erwartet, das 2014 auf 220.100 Euro ansteigen soll. Der Investitionsplan zeigt mit Ausnahme des Jahres 2013 jährlich negative Ergebnisse.

7 Nach Klärung der noch offenen Rechtsfragen wird die Gesellschaft liquidiert.

8 2008 fielen hohe Landesförderungen für die Landesausstellung und das Sportzentrum sowie für die Beseitigung der Katastrophenschäden beim „Gschlifgraben“ an.

9 Nicht berücksichtigt sind dabei die über die VFI KG abgewickelten Investitionen, seit ihrem Bestehen 2006 wickelte sie Investitionen im Ausmaß von 2,48 Mio. Euro ab.

10 Investitionsausgaben (KZ 40,41,42) / KZ 84 (minus KZ 17 und 66) des Rechnungsquerschnitts * 100

- 20.2.** Der LRH kam zur Ansicht, dass die vorliegende MFP keine Aussagen hinsichtlich der finanziellen Leistungsfähigkeit des Haushaltes zulässt, da wesentliche Positionen fehlten (z. B. Verlustabdeckung an den VFI; Darlehenstilgungen, Folgekosten von Projekten). Insgesamt gewann er den Eindruck, dass der mittelfristigen Finanzplanung bisher nur eine untergeordnete Bedeutung als Planungs- bzw. Steuerungsinstrument beigemessen wurde.

Insbesondere im Hinblick auf die diskutierten Investitionsprojekte (z. B. Therme) empfahl der LRH die MFP zu überarbeiten und laufend zu aktualisieren. Ziel sollte sein, dieses Planungsinstrument so zu nutzen, dass die Realisierung von Maßnahmen mit der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadtgemeinde im Einklang steht. Um die MFP kundenorientiert und transparent zu gestalten, regte der LRH an, die Vorhaben des Investitionsplans umfassender zu beschreiben, deren Folgekosten zu berechnen und in den Einnahmen- und Ausgabenplan zu übernehmen.

Maastricht-Ergebnis

- 21.1.** Die Gemeinden sind im Rahmen des Österreichischen Stabilitätspaktes verpflichtet, jeweils länderweise durch ein möglichst ausgeglichenes Maastricht-Ergebnis zur gesamtstaatlichen Konsolidierung beizutragen. Die im Rechnungsquerschnitt ausgewiesenen Ergebnisse der letzten drei Jahre (2008: minus 4,34 Mio. Euro, 2009: minus 0,92 Mio. Euro und 2010: 2,52 Mio. Euro) ergeben ein Defizit von insgesamt 2,74 Mio. Euro.
- 21.2.** Der LRH stellte fest, dass es der Stadtgemeinde erstmals 2010 gelang, einen positiven Beitrag zum gesamtstaatlichen Maastricht-Ergebnis zu leisten. Auch im VA 2011 ist ein Überschuss von 0,77 Mio. Euro ausgewiesen.

Verschuldung

Darlehen und sonstige Verbindlichkeiten

- 22.1.** Der Stand an Finanzschulden erhöhte sich in den letzten drei Jahren um über 4 Mio. Euro und betrug lt. Nachweis zum RA 2010 rd. 25,33 Mio. Euro, das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.916 Euro. Dieser Wert liegt noch leicht unter dem Landesdurchschnitt. Von den im RA ausgewiesenen Finanzschulden wurden 9,50 Mio. Euro bzw. 37 Prozent in fremder Währung (Schweizer Franken) aufgenommen. Diese Fremdwährungsdarlehen sind im Schuldennachweis nicht mit dem aktuellen Kurswert sondern mit dem historischen Kurs zum Aufnahmezeitpunkt ausgewiesen (siehe Pkt. 23).

Die 25,33 Mio. Euro Schulden verteilen sich auf derzeit nicht belastende Darlehen (4,371.800 Euro), durch Gebührenhaushalte gedeckte Darlehen (14,953.800 Euro) und Darlehen, die aus allgemeinen Deckungsmitteln zurückzuzahlen sind (6,007.800 Euro).

Für die Verschuldung im weiteren Sinn sind auch andere „kredit- und darlehens-ähnliche“ Verpflichtungen wie z. B. ausgelagerte Schulden und Kassenkredite zu berücksichtigen. Diese beliefen sich in Summe Ende 2010 auf 13,515.500 Euro. Darin sind Kassenkredite von 3,38 Mio. Euro, nicht fällige Verwaltungsschulden von 0,45 Mio. Euro, Darlehen und Barvorlagen des VFI von 1,9 Mio. Euro und nicht den Haushalt belastende Haftungen von 7,78 Mio. Euro enthalten. Diese finanziellen Verpflichtungen und die ausgewiesenen Finanzschulden zusammen ergeben Gesamtschulden von 38,848.900 Euro, davon sind 11,73 Mio. Euro aus Steuergeldern zurückzuzahlen.

- 22.2.** Der LRH bewertete die Verschuldung der Stadtgemeinde als relativ hoch, weil 2010 der Überschuss aus der laufenden Gebarung fast zur Gänze für die Schuldentrückzahlung benötigt wurde.¹¹ Positiv ist allerdings, dass die Stadt einen Großteil ihrer Schuldentrückzahlung aus dem Gebührenaufkommen finanzieren kann und sie ihren schuldrechtlichen Verpflichtungen durch regelmäßige Rückzahlungen laufend nachkommt.

Aus der Sicht des LRH wird sich die Schuldensituation im Jahr 2011 allerdings verschärfen, weil für die 2010 aufgenommenen Darlehen von 4,1 Mio. Euro die Tilgung einsetzt und der Gemeinderat einstimmig im März 2011 weitere Darlehensaufnahmen von 2,238.000 Euro¹² beschlossen hat. Solange sich der finanzielle Spielraum nicht wieder bessert, ist nach Ansicht des LRH ein weiterer Anstieg der Verschuldung mit der finanziellen Leistbarkeit des laufenden Haushaltes nicht vereinbar.

- 22.3.** Die Stadtgemeinde stellte dazu fest, dass dieser neuen Darlehensaufnahme im Budget 2011 Tilgungen in der Höhe von 1,8 Mio. Euro gegenüberstehen.

Darlehen in Schweizer Franken

- 23.1.** Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde nahm die Stadtgemeinde im Zeitraum 2004 bis 2009 Darlehen in Schweizer Franken auf, um Zinsvorteile gegenüber Euro-Darlehen zu lukrieren. Wie oben angeführt, sind diese Fremdwährungsdarlehen im Schuldennachweis per 31.12.2010 mit 9,495.500 Euro ausgewiesen. Weitere Fremdwährungskredite von 1,396.100 Euro sind in einer gemeindeeigenen Gesellschaft (VFI) ausgelagert.

- 23.2.** Der LRH stellte fest, dass die Fremdwährungsgeschäfte es möglich machten, den Haushalt um 412.300 Euro zu entlasten.¹³ Allerdings weist er mit Nachdruck darauf hin, dass auf Grund der ungünstigen Kursentwicklung des Schweizer Frankens gegenüber dem Euro die aushaftende Verbindlichkeit im selben Zeitraum um etwa 3 Mio. Euro (28 %) gestiegen ist. In diesem Zusammenhang kritisierte er die beschränkte Aussagekraft des Schuldenstandes im Nachweis, durch die Ausweisung der Verbindlichkeit mit dem historischen Wert. Diese widerspricht einer vollständigen Darstellung aller Verbindlichkeiten im tatsächlichen Ausmaß zum jeweiligen Abschlussstichtag. Der LRH empfahl, künftig die Verbindlichkeiten in fremder Währung mit der Schuldenrechnung zum jeweils aktuellen Stichtagswert auszuweisen.

11 Ohne Anschluss- und Aufschließungsgebühren von 452.100 Euro konnte 2010 aus der laufenden Gebarung ein Überschuss von 950.200 Euro erwirtschaftet werden. Die Nettobelastung für Tilgungen lag bei 894.100 Euro.

12 Diese Darlehensaufnahmen betreffen u. a. Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie Wildbachverbauung.

13 Auf Grund der geleisteten Annuitäten stehen den Zinsvorteilen von insgesamt 551.100 Euro jedoch Kursverluste von 138.800 Euro gegenüber.

Für den LRH zeigen die bisher eingetretenen buchmäßigen Kursverluste deutlich, dass Fremdwährungsgeschäfte generell mit erheblichen Zins- und vor allem Währungsrisiken behaftet sind. Vom Gemeinderat wurden bislang keine Risikolimits festgelegt, die der LRH bei der Aufnahme von Fremdwährungskrediten für notwendig hält. Der LRH empfahl, die Kursentwicklung weiterhin intensiv zu beobachten und gegebenenfalls die Verschuldung in fremder Währung sukzessive zu reduzieren. Dies erfordert jedoch klare Vorgaben des Gemeinderates. Die Finanzverwaltung sollte dafür entsprechende Richtlinien erarbeiten und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorlegen.

Kassenkredit

- 24.1.** Der gesetzliche Kassenkreditrahmen 2010 lag bei 6,617.000 Euro. Die Überprüfung im Zuge der Einschau ergab, dass die Stadtgemeinde diesen Rahmen unterjährig nie ausschöpfte. Als Zinsbasis wurde der 3-Monats-EURIBOR mit einem Aufschlag von 0,375 % vereinbart.
- 24.2.** Der LRH stellte fest, dass der Kassenkreditrahmen eingehalten wurde und die Zinskonditionen marktkonform waren. Analog zu sonstigen Finanzierungsausschreibungen sollten in Hinkunft auch nicht ortsansässige Banken zur Angebotslegung für den Kassenkredit eingeladen werden.

Öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen

- 25.1.** Nachdem die öffentlichen und betriebsähnlichen Einrichtungen 2008 den Haushalt per Saldo noch mit 20.600 Euro belasteten, erwirtschafteten sie 2009 und 2010 Überschüsse von 382.400 Euro bzw. 414.700 Euro. Die Anlage 3 zeigt, dass diese im Wesentlichen auf die positive Entwicklung bei der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung, der Abfallentsorgung, dem Friedhof sowie den Wohn- und Geschäftsgebäuden zurückzuführen sind. Die höchsten Fehlbeträge wiesen 2010 das Sportzentrum (minus 941.000 Euro) und die Kindergärten (minus 872.600 Euro) auf.
- 25.2.** Nachdem sich mit dem Ausbau des Sportzentrums der Betriebsabgang im Zeitraum 2008 bis 2010 um 34 Prozent erhöhte, empfahl der LRH, eine Kosten- und Leistungsrechnung einzuführen. Dieses betriebswirtschaftliche Instrument ist eine gute Basis zur Optimierung der Betriebsausgaben und Verringerung der Haushaltsbelastung. Nach Meinung des LRH sollten außerdem kostendeckende Leistungsentgelte bei Essen auf Rädern, beim Kindergarten-Transport, der Schülerbetreuung und –auspeisung sowie beim Hort eingehoben werden. Auf Grundlage der Abgänge 2010 errechnet sich ein jährliches Entlastungspotenzial von 223.200 Euro. Beim Strandbad und der Volksbücherei¹⁴ empfahl er eine Erhöhung des Kostendeckungsgrades.

14 2010 waren lediglich 17 Prozent der Ausgaben durch Entlehnungsgebühren gedeckt.

Sonstige Feststellungen

Förderungen und freiwillige Ausgaben

- 26.1.** Im Jahr 2010 fielen 1,279.900 Euro für freiwillige Ausgaben an, d. s. etwa 82 Euro je Einwohner. Im Jahr davor beliefen sich diese Ausgaben auf 1,494.600 Euro (98 Euro je Einwohner).
- 26.2.** Obwohl die Stadtgemeinde in den letzten drei Jahren Förderungen jährlich reduzierte, hielt der LRH das Ausgabenniveau nach wie vor für sehr hoch. Für weitere Einsparungen ist es notwendig, das Leistungsspektrum kritisch zu überdenken.

Nutzung des Kapuzinerklosters

- 27.1.** Die Stadtgemeinde mietete das Kapuzinerkloster an und wollte ein Generationenzentrum errichten. Die Anmietung wurde von der Stadtgemeinde auch mit den bestehenden Vertragsverhältnissen für die Feuerwehrzentrale und den Kindergarten Traundorf begründet. Da das geplante Zentrum bisher nicht zustande kam, nutzte sie die angemieteten Räumlichkeiten für Veranstaltungen, Projekte (z. B. „Otelo – offenes Technologielabor“), eine Notschlafstelle für Jugendliche und ein wissenschaftliches Büro, für das sie die Kosten trägt. Im Zeitraum 2007 bis 2010 verursachte die Anmietung eine Haushaltsbelastung von 314.800 Euro. Abgesehen vom Gebäude wird das Grundareal auch teilweise für einen öffentlichen Gratisparkplatz genutzt.
- 27.2.** Der LRH stellte kritisch fest, dass zum Zeitpunkt der Prüfung kein Nutzungskonzept für dieses ursprünglich zur Unterbringung eines Generationenzentrums angemietete Objekt vorlag. Der Gemeinderat sollte Überlegungen zur wirtschaftlichen Nutzung anstellen, um mittelfristig die finanzielle Belastung für die Stadtgemeinde zu reduzieren.

Universitätsstadt Gmunden

- 28.1.** Die Bemühungen Gmunden als Universitätsstadt zu etablieren, verursachten bis Ende 2010 Ausgaben von 114.600 Euro. Die MFP sieht für das Fortführen dieser Initiativen jährlich Ausgaben von 100.000 Euro vor. Die Anstrengungen führten bisher dazu, dass Projekte mit verschiedenen Universitäten initiiert (z. B. mit der JKU Linz im Bereich des Interdisziplinären Institutes für Entwicklungszusammenarbeit und durch den Multimedia Studien Service; mit der Technischen Universität Wien beim Oö. Laserzentrum) bzw. wissenschaftliche Fachtagungen (z. B. „Gmunden Retreat on NeuroIS“) nach Gmunden geholt werden konnten. Die Akkreditierung einer Universität für Nachhaltigkeit war nicht erfolgreich.
- 28.2.** Der LRH regte an, die bisherigen Maßnahmen im Sinne des Kosten-Nutzen-Verhältnisses kritisch zu evaluieren. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sowie die staatlichen Rahmenbedingungen im Bereich der Bildungspolitik sollten in die unter Pkt. 1.2. angeregte Aktualisierung der Entwicklungsziele für die Stadtgemeinde einfließen.

Maßnahmen im Kulturbereich

- 29.1. Neben den Ausgaben für die Kulturabteilung der Stadtverwaltung (siehe Pkt. 5.) und jenen für freiwillige Leistungen (z. B. Förderung der Künstler, siehe Pkt. 26) übernahm die Stadtgemeinde zur Belegung der Jugendkultur und Durchführung von entsprechenden Projekten Ausgaben von 62.000 Euro jährlich.¹⁵ Im Nachtragsvoranschlag 2011 ist dazu erstmals eine finanzielle Beteiligung der Mitgliedsgemeinden des Regionalmanagements Gmunden - Vöcklabruck von 5.000 Euro veranschlagt.

Der Museumsbetrieb mit wissenschaftlicher Forschungstätigkeit belastete den Gemeindehaushalt 2010 mit 270.000 Euro,¹⁶ dazu kam noch der Schuldendienst für die Museumssanierung mit 82.700 Euro.

- 29.2. Ausgehend von klaren Zielsetzungen für die kulturellen Aktivitäten der Stadtgemeinde sollten nach Ansicht des LRH die einzelnen Projekte und Maßnahmen sowie die vertraglichen Verpflichtungen kritisch im Hinblick auf ihre Zielerreichung hinterfragt werden. Der LRH gelangte zur Auffassung, dass durch Prioritätensetzung Einsparungspotenziale zur Entlastung des Gemeindehaushaltes bestehen.

Vermögensbuchhaltung

- 30.1. Die Stadtgemeinde hat begonnen, das Gemeindevermögen neu zu bewerten. Zum Zeitpunkt der Prüfung war die Bewertung noch nicht abgeschlossen.
- 30.2. Der LRH stellte fest, dass die Vermögensrechnung nur wenig aussagekräftig war und hinsichtlich der Anlagenabschreibung nicht den gültigen Haushaltsbestimmungen entsprach. Er empfahl der Stadtgemeinde deshalb, ihre Bemühungen in diesem Bereich zu intensivieren. Nach Meinung des LRH wird der Vermögens- und Schuldenbetrachtung in Hinkunft ein größerer Stellenwert zukommen.

AUSSERORDENTLICHE VORHABEN

- 31.1. Der RA 2010 weist im ao. H. einen Fehlbetrag von 2,60 Mio. Euro aus. Nachfolgend eine Übersicht der einzelnen Vorhaben mit der geplanten Finanzierung der Fehlbeträge:
- Hangrutschung Unterm Stein („Gschlifgraben“)
Zur Ausfinanzierung des Fehlbetrages von 140.000 Euro beschloss der Gemeinderat am 21.3.2011 eine Darlehensaufnahme, für die bis zum Prüfungszeitpunkt noch keine aufsichtsbehördliche Genehmigung vorlag.
 - Erweiterung und Sanierung der Stadtschule
Die Bedeckung des Fehlbetrages von 40.000 Euro sowie der noch erwarteten Ausgaben ist durch Landesförderungen und Bedarfszuweisungen von jeweils 26.000 Euro für 2011 gesichert.

15 Damit leistete die Stadtgemeinde einen Personalkostenersatz für einen Mitarbeiter des Regionalmanagements.
16 Darin sind die Ausgaben für die wissenschaftliche Betreuung von etwa 50.000 Euro jährlich enthalten.

- **Um- und Zubau Kindergarten Tagwerkerstraße**
Bei Gesamtausgaben von 1,732.000 Euro¹⁷ weist der RA 2010 einen Fehlbetrag von 148.000 Euro aus, für dessen Finanzierung 2011 Einnahmen aus BZ-Mitteln von 126.300 Euro zugesagt sind. Für die Ausfinanzierung hat die Stadtgemeinde analog des bisherigen Finanzierungsschlüssels zusätzliche Fördermittel beantragt.
- **Kindergarten Schörihub**
Der aufsichtsbehördliche Finanzierungsplan sieht zur Ausfinanzierung des Fehlbetrages von 178.000 Euro für 2011 und 2012 jeweils Bedarfszuweisungen von 80.000 Euro vor. Für den Restbetrag von 18.000 Euro, der aus der notwendigen Einrichtung einer zusätzlichen Gruppe resultiert, beantragte die Stadtgemeinde zusätzliche Fördermittel des Landes.
- **Wildbachverbauung**
Bis 2014 sind seitens der Wildbach- und Lawinerverbauung verschiedene Maßnahmen zur Hangsicherung bzw. zum Überschwemmungsschutz geplant. Der Gemeinderat beschloss am 3.7.2010 zur Finanzierung des Beitrages der Stadtgemeinde Gmunden von 550.800 Euro Bedarfszuweisungsmittel von 275.000 Euro zu beantragen. Der restliche Anteil soll durch Darlehensaufnahmen finanziert werden. Zur Bedeckung des Fehlbetrages im RA 2010 von 70.000 Euro beschloss der Gemeinderat am 21.3.2011 eine Darlehensaufnahme, für die bis zum Ende der Prüfung noch keine aufsichtsbehördliche Genehmigung vorlag.
- **Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung (Ortskanalisation und Bauabschnitte XV bis XVII)**
Der Abgang im RA 2010 von insgesamt 1,209.000 Euro wird durch Anschlussgebühren sowie Darlehensaufnahmen finanziert.
- **Sportzentrum**
Die Finanzierung des Fehlbetrages vom 815.000 Euro ist durch die im aufsichtsbehördlichen Finanzierungsplan vorgesehenen Landeszuschüsse und BZ-Mittel gesichert. Baulich war zum Prüfungszeitpunkt noch die Errichtung einer Skateranlage offen, lt. Angaben der Stadtgemeinde soll dadurch der genehmigte Kostenrahmen von 5,917.000 Euro nicht überschritten werden.

Neben dem weiteren Ausbau der Abwasserbeseitigungsanlage (Bauabschnitte XIX und XX) enthält der VA 2011 folgende neue ao. Vorhaben:

- **Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges TLF-A 4000**
Entsprechend dem Grundsatzbeschluss des Gemeinderates vom 13.12.2010 soll der Ankauf mit erwarteten Ausgaben von 268.000 Euro durch eine Darlehensaufnahme von 92.000 Euro und Förderungen des Landesfeuerwehrkommandos sowie BZ-Mittel von jeweils 88.000 Euro finanziert werden.
- **Gemeindestraßen 2010 bis 2012**
Die Stadtgemeinde erstellt jeweils für drei Jahre einen Sanierungsplan, mit jährlichen Ausgaben von durchschnittlich 100.000 Euro. Lt. Angaben der Finanzverwaltung ist geplant, das Sanierungsvolumen an die vorhandenen Eigenmittel anzupassen.

17 Der aufsichtsbehördlich genehmigte Kostenrahmen liegt bei 1,5 Mio. Euro.

- Güterweg Engerbachweg
Die Finanzierung des Gemeindeanteils von 150.000 Euro ist im VA 2011 durch beantragte BZ-Mittel von 52.500 Euro und Anteilsbeträge des o. H. vorgesehen.
- Urnenwand
Die für 2011 budgetierten Ausgaben von 54.000 Euro sollen durch die Einnahmen aus dem Verkauf der Urnennischen finanziert werden.

Folgende Investitionsprojekte sollen über den Verein zur Förderung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Gmunden & Co KG (VFI) abgewickelt werden. Zur Finanzierung dieser im VA 2011 bzw. der mittelfristigen Planung vorgesehenen Maßnahmen sind 2011 bis 2013 Darlehensaufnahmen von 8,1 Mio. Euro geplant:

- Areal Seebahnhof
Im Zusammenhang mit der Realisierung des Hotelprojektes ist eine Wiederherstellung des öffentlichen Badeplatzes erforderlich. Die Finanzplanung der KG enthält dafür 2012 Ausgaben von 300.000 Euro. Zum Zeitpunkt der Prüfung war offen, welche Maßnahmen gesetzt werden und wie hoch der damit verbundene Finanzbedarf sein wird.
- Errichtung eines neuen Dienstleistungszentrums
Mit diesem Neubau am Areal des sanierungsbedürftigen Wirtschaftshofes soll dieser mit der Wasserversorgung sowie den Stadtbetrieben zusammengeführt werden. Zu dem von Gemeinderat beschlossenen Maximalkostenrahmen von 4,2 Mio. Euro sind vom zuständigen Gemeindeferenten 2 Mio. Euro an Bedarfszuweisungen zugesagt.¹⁸ Zum Prüfungszeitpunkt lag noch kein aufsichtsbehördlich genehmigter Finanzierungsplan vor. Lt. Angaben der Stadtgemeinde sollen die Abrissarbeiten im Herbst 2011 beginnen. Auf Basis einer Studie des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums vom Mai 2005 hat der Bürgermeister eine Mitarbeiterin beauftragt, die aufgezeigten Synergiepotenziale¹⁹ zu überarbeiten und an die aktuellen Zahlen anzupassen sowie konkrete Umsetzungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Das Ergebnis dieser Aufarbeitung lag zum Prüfungszeitpunkt noch nicht vor.
- Sanierung der Nikolaus-Lenau-Schule
Die Kosten für die Sanierung inkl. eines kleinen Zubaus wurden 2007 auf 3,93 Mio. Euro (exkl. USt.) geschätzt. Zum Prüfungszeitpunkt lag für dieses Vorhaben noch keine gesicherte Finanzierung vor, lt. Angaben der Stadtgemeinde ist eine Realisierung im Schulbauprogramm 2012 möglich.
- Sanierung und Erweiterung der Musikschule
Für den Zubau liegen die Kosten lt. Architektenwettbewerb bei 2,2 Mio. Euro, lt. hochbautechnischer Schätzung kostet die Sanierung der Villa Clusemann, in der die Musikschule untergebracht ist, zusätzlich 1 bis 1,5 Mio. Euro. Zum Prüfungszeitpunkt lag dieses Projekt zur Prüfung beim Land.

18 Schreiben vom 23.5.2011, LR Hieg-085311/234-2011-ZA/GO

19 Lt. KDZ ergeben sich Synergie- und Einsparungspotenziale in der Verwaltung, dem Fuhrpark, Lager sowie den Werkstätten. Daraus ergibt sich eine Reduktion des Raumbedarfs, außerdem können die frei werdenden Areale verwertet werden.

31.2. Positiv wertete der LRH, dass die Stadtgemeinde in den letzten Jahren neue Vorhaben nur im Bereich der Kernaufgaben anging und den Schwerpunkt auf die Ausfinanzierung laufender Vorhaben legte. Die dafür getätigten Darlehensaufnahmen führten jedoch wie bereits unter Pkt. 22 ausgeführt zu einer weiteren Einengung des finanziellen Gestaltungsspielraumes. Er wies allerdings darauf hin, dass zum Zeitpunkt der Prüfung folgende teilweise umfangreichen Investitionsprojekte zur Diskussion standen:

- **Krabbelstube Schörihub**

Das Gebäude Marienbrücke ist sanierungsbedürftig und entspricht nicht mehr den sicherheitstechnischen Anforderungen. Von den beiden dort untergebrachten Gruppen wurde eine bereits in den Kindergarten Schörihub übersiedelt. Für die zweite Gruppe sowie eine benötigte zusätzliche Gruppe soll das gemeindeeigene Gebäude Schörihub entsprechend saniert werden. Zum Prüfungszeitpunkt wurde ein entsprechendes Projekt entwickelt, die Baumaßnahmen sollen noch 2011 beginnen.

- **Ankauf einer Drehleiter für die Freiwillige Feuerwehr Gmunden**

Am 21.3.2011 beschloss der Gemeinderat, grundsätzlich 2015 bzw. 2016 eine neue Drehleiter mit geschätzten Kosten von 722.000 Euro anzuschaffen. Zur Finanzierung ist ein Anteil der Stadtgemeinde von 114.000 Euro vorgesehen, der Rest soll über Eigenmittel der Feuerwehr (25.000 Euro), Förderungen des Landesfeuerwehrkommandos und Bedarfszuweisungen (jeweils 280.000 Euro) sowie den Erlös für die alte Leiter (23.000 Euro) aufgebracht werden.

- **Errichtung einer Therme für Gmunden**

Zum Prüfungszeitpunkt verhandelten Vertreter der Stadtgemeinde mit der Thermenholding des Landes über die Errichtung einer Therme Gmunden. Dazu soll das bestehende Bad saniert und erweitert werden. Lt. Angaben des Bürgermeisters waren noch wesentliche Fragen als Grundlage für eine endgültige Entscheidung offen. Neben der Zustimmung des Bundesdenkmalamtes zum Umbau des denkmalgeschützten Gebäudes und der Erhaltung des bestehenden Naturstrandbades ist insbesondere die Frage einer leistbaren Finanzierung des Errichtungsbeitrages für die Stadtgemeinde zu klären.²⁰ Zum Prüfungszeitpunkt war die Finanzverwaltung beauftragt, entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

- **Straßenbahndurchbindung**

Ein Planungsbüro schätzte 2008 die Kosten für die Weiterführung vom derzeitigen Ende am Franz-Josef-Platz bis zum Seebahnhof (rd. 800 m) auf 12,8 Mio. Euro (exkl. USt.). Aus Sicht der Stadtgemeinde sollte eine Entscheidung sinnvollerweise jedenfalls dann fallen, wenn über die Sanierung der Traunbrücke entschieden wird. Gespräche mit dem Verkehrsreferenten des Landes ergaben, dass in seinem Ressort frühestens 2015 Finanzmittel verfügbar sind. Nach Ansicht des LRH sollte dieses Projekt in ein Gesamtverkehrskonzept zur Gestaltung des öffentlichen Verkehrs eingebunden werden. Als Grundlage für eine Entscheidung sollten

²⁰ Zum Prüfungszeitpunkt ging die Stadtgemeinde von einem Beitrag von 10 Mio. Euro aus, die bei einer Darlehensfinanzierung zu einer jährlichen Belastung von etwa 700.000 Euro führen würde. Unter Berücksichtigung des bisherigen Betriebsabganges des Bades errechnet sich ein zusätzlicher Finanzbedarf von etwa 500.000 Euro.

auch wirtschaftliche Berechnungen (z. B. Vergleichsberechnungen mit möglichen Alternativen) angestellt werden. Zum Prüfungszeitpunkt erhob die Finanzabteilung über Auftrag des Finanzausschusses vom 16.5.2011 die zu erwartenden Errichtungs- und Folgekosten.

- **Generationenzentrum im Kapuzinerkloster**
Die Stadtgemeinde hat das ehemalige Kapuzinerkloster gepachtet (siehe Pkt. 27) und plante dort ein Generationenzentrum (Unterbringung der Bücherei, eines Kindergartens und einer Tagesheimstätte für Senioren). Die bisherigen Ausgaben von 145.000 Euro betreffen die Vertragserrichtung sowie den Architektenwettbewerb. Die Kosten für die Umsetzung dieses Projektes wurden auf 2,25 Mio. Euro (exkl. USt.) geschätzt. Zum Prüfungszeitpunkt gab es keine politische Entscheidung über die Umsetzung dieses Projektes.

Wenn die Stadtgemeinde in Zukunft ihre Neuverschuldung in maßvollem Rahmen halten will, hielt es der LRH für unerlässlich, dass sie die geplanten Vorhaben nach Prioritäten reiht und die Realisierung nach den verfügbaren Einnahmen der laufenden Gebarung ausrichtet. Er empfahl auch zur Verbesserung der Transparenz eine Dokumentation des jeweils aktuellen Projektstatus inklusive der Kosten und deren Finanzierung.

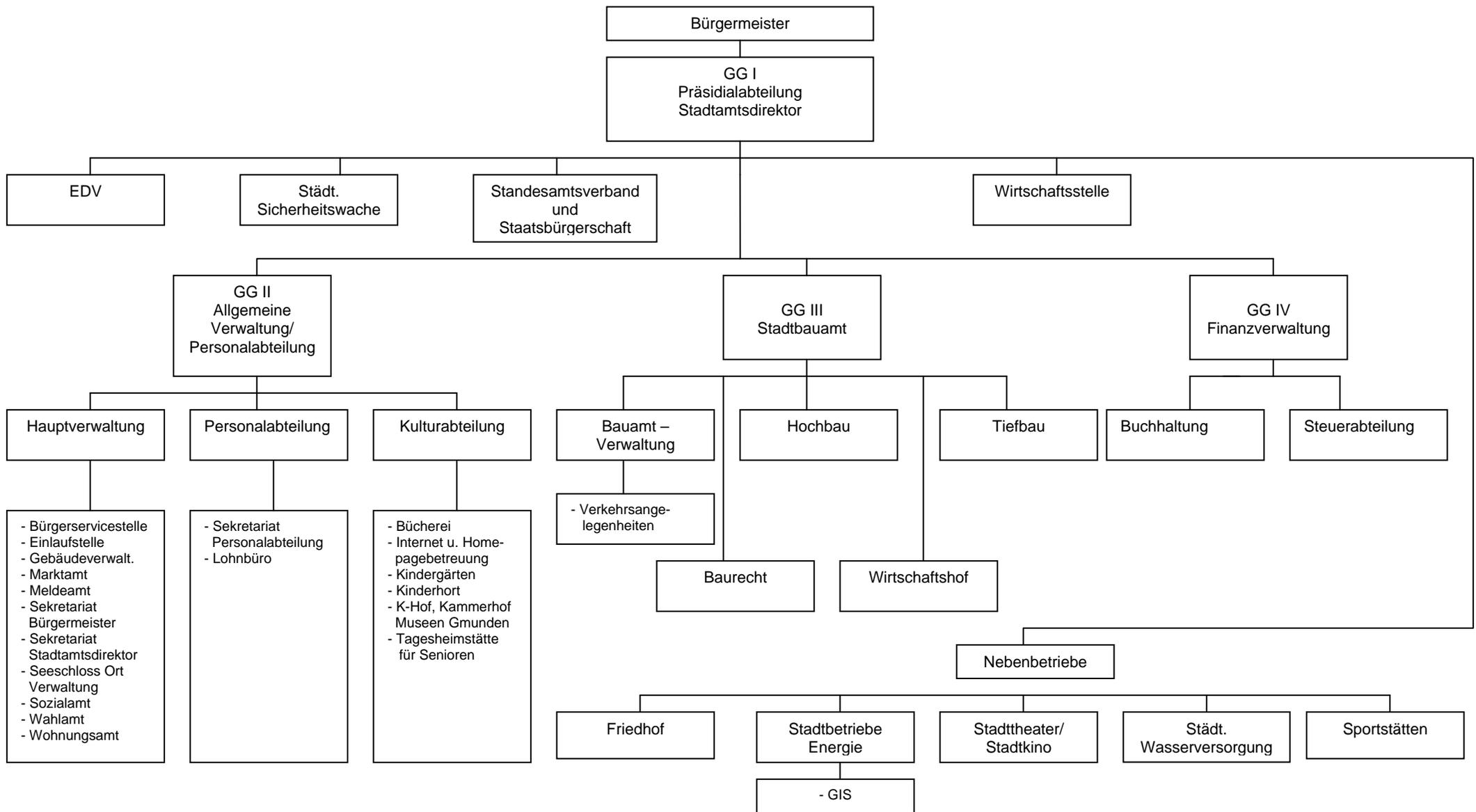
31.3. *Abschließend stellte die Stadtgemeinde fest, dass bereits im letzten Finanzausschuss am 28. Juni 2011 anlässlich der Beratungen über den Nachtragsvoranschlag Maßnahmen zur weiteren Konsolidierung angesprochen wurden, die weiter ausgearbeitet werden und in die Erstellung des Voranschlages 2012 einfließen sollen.*

3 Anlagen

1 Beilage

Linz, am 21. Juli 2011

Dr. Helmut Brückner
Direktor des Oö. Landesrechnungshofes



Rechnungsquerschnitt 2008 bis 2010

KZ	Bezeichnung	2008	2009	2010	Veränderung	
		Summe o. + ao. H.			09/10	
		in 1000 Euro			in %	
	Einnahmen aus Finanztransaktionen					
50	Veräußerung v. Beteiligungen und Wertpapieren	0,0	0,0	35,0	35,0	k.A.
51	Entnahmen aus Rücklagen	86,6	519,8	0,0	-519,8	-100,0%
52	Einnahmen aus Rückzahlungen von Darlehen	53,8	701,1	298,0	-403,1	-57,5%
53	Entnahmen aus Rückzahlung von Bezugsvorschüssen	182,2	187,1	172,6	-14,5	-7,7%
54	Aufnahmen Finanzschulden von Trägern d. öffentl. Rechts	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
55	Aufnahme Finanzschulden von anderen Trägern	2.137,0	4.133,2	4.100,0	-33,2	-0,8%
56	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben	208,0	163,1	177,4	14,3	8,8%
59	Summe 5: Einnahmen aus Finanztransaktionen	2.667,6	5.704,3	4.783,0	-921,3	-16,2%
	Ausgaben aus Finanztransaktionen					
60	Erwerb v. Beteiligungen und Wertpapieren	19,5	33,5	33,5	0,0	0,0%
61	Zuführung an Rücklagen	500,3	0,0	450,9	450,9	k.A.
62	Gewährung von Darlehen an Träger d. öffentl. Rechts	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
63	Gewährung von Darlehen an andere und Bezugsvorschüssen	32,8	6,0	1,5	-4,5	-75,0%
64	Rückzahlung von Finanzschulden bei Trägern d. öffentl. Rechts	8,9	0,0	0,0	0,0	k.A.
65	Rückzahlung von Finanzschulden bei anderen Trägern	1.228,7	3.480,8	1.584,1	-1.896,7	-54,5%
66	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben	208,0	163,1	177,4	14,3	8,8%
69	Summe 6: Ausgaben aus Finanztransaktionen	1.998,3	3.683,3	2.247,4	-1.435,9	-39,0%
93	Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen	669,3	2.020,9	2.535,6	514,7	25,5%
94	Saldo 4: Jahresergebnis ohne Verrechnungen zwischen o. und ao. Haushalt	-4.198,4	118,4	2.760,0	2.641,6	2231,1%

Übersicht Gesamthaushalt		2008	2009	2010
80	Einnahmen der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung <i>Summe 1, 3 und 5</i>	44.771,5	47.918,3	45.462,0
81	Zuführungen aus dem o. Haushalt und Rückführungen aus dem ao. Haushalt	1.333,7	571,9	592,5
82	Abwicklung Soll-Überschüsse Vorjahre	956,0	280,0	0,0
83	Abwicklung Soll-Abgang laufendes Jahr	0,0	0,0	0,0
79	Summe 7 (Gesamteinnahmen)	47.061,2	48.770,2	46.054,5
84	Ausgaben der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung <i>Summe 2, 4 und 6</i>	48.969,9	47.799,9	42.702,0
85	Zuführungen an den ao. Haushalt und Rückführungen an den o. Haushalt	1.333,7	571,9	592,5
86	Abwicklung Soll-Abgänge Vorjahre	2.236,0	5.758,4	5.360,0
87	Abwicklung Soll-Überschuss laufendes Jahr	0,0	0,0	0,0
89	Summe 8 (Gesamtausgaben)	52.539,6	54.130,2	48.654,5
99	Administratives Jahresergebnis <i>Summe 7 minus Summe 8</i>	-5.478,4	-5.360,0	-2.600,0

Öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen

Betriebsergebnisse 2008 bis 2010

Bezeichnung der Einrichtung	2008	2009	2010	Veränderung 09/10	
	in Euro			in Prozent	
Schülerausspeisung	-41.796	-33.860	-39.433	-5.573	-0,16
Schülerbetreuung	-45.583	-33.379	-34.308	-929	-0,03
Kindergärten	-654.614	-746.827	-872.564	-125.737	-0,17
Kindergarten-Transport	-20.818	-21.429	-22.842	-1.414	-0,07
Schülerhort	-43.116	-71.146	-77.487	-6.342	-0,09
Volksbücherei	-97.498	-99.884	-90.168	9.716	0,10
Essen auf Rädern	-48.288	-54.698	-49.413	5.285	0,10
WC-Anlagen	-92.952	-88.974	-142.417	-53.443	-0,60
Friedhöfe	-10.210			0	
Freibäder Badeplatz	-148.867	-129.130	-112.573	16.557	0,13
Kolpingsaal	-18.104	-15.995	-19.903	-3.908	-0,24
Stadtküche	-6.276	-41.060		41.060	1,00
Schloß Ort	-55.195	-75.218		75.218	1,00
Generationenzentrum/Kapuzinerkloster	-101.993	-83.465	-120.190	-36.725	-0,44
Sportzentrum	-703.633	-739.551	-940.951	-201.400	-0,27
Parkgarage - Schuldendienst	-54.029	-42.476	-40.671	1.805	0,04
Parkgarage	-147.281	-155.677	-165.251	-9.574	-0,06
Lichtspieltheater	-128.958	-116.407	-133.786	-17.378	-0,15
Abgänge	-2.419.209	-2.549.176	-2.861.957	-312.781	-12,27%
Friedhöfe		7.023	76.742	69.719	992,75%
Leichenhalle	38.013	26.365	24.532	-1.833	-6,95%
Stadtküche			9.942	9.942	
Wasserversorgung	759.023	939.622	1.038.119	98.497	10,48%
Betriebe der Abwasserbeseitigung	1.175.528	1.526.970	1.555.619	28.649	1,88%
Betriebe der Abfallbeseitigung	370.202	360.788	449.211	88.423	24,51%
Wohn- u. Geschäftsgebäude	55.852	70.821	109.131	38.309	54,09%
Schloß Ort			13.392	13.392	
Überschüsse	2.398.617	2.931.588	3.276.688	345.100	11,77%
Gesamtergebnis	-20.592	382.412	414.732	32.319	8,45%

SCHLUSSBESPRECHUNG - AKTENVERMERK

Aktenvermerk, LRH-210047/2011-Spi, zur Gutachten "Stadtgemeinde Gmunden"
 Schlussbesprechung:
 Ort und Datum: 4020 Linz, Promenade 31, am 7. Juli 2011
 Teilnehmende Organisation: Stadtgemeinde Gmunden

Den Vertreterinnen und Vertretern der geprüften Organisation ist das vorläufige Ergebnis der o. a. Prüfung in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden. Die von den Vertreterinnen und Vertretern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle der Berichtsgliederung und mit Kursivdruck).

Gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG besteht darüber hinaus die Möglichkeit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zum vorläufigen Ergebnis.

- 1) Die Vertreterinnen und Vertreter **verzichten** auf die gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme.
- 2) Die Vertreterinnen und Vertreter **behalten sich** die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG **vor**.

Organisation	Name in BLOCKBUCHSTABEN	Unterschrift	1) Ver- zicht	2) Vor- behält
Bgm.	KÖPPL HEINZ	<i>H. Köppl</i>		

LRH:

H. Brückner

 Dir. Dr. Helmut Brückner
J. Lenglacher

 Josef Lenglacher

B. Spindelbalkner

 Barbara Spindelbalkner
G. Stöbich

 Dr. Gerlinde Stöbich